

nicht zu fürchten. Sehr in ihrem Sinne aber wird es liegen, die Rohstoffe zu möglichst hohen Preisen an die Werke zu verkaufen, die ihn gar nicht oder nicht in genügender Menge selbst produzieren. Sie schlagen damit zwei Fliegen auf einen Schlag — einmal machen sie durch die hohen Rohstoffpreise einen schönen Gewinn an und für sich, dann aber — und das ist der schwerere Schlag — machen sie ihre Konkurrenz in allen B-Produkten unmöglich. Da sie die Rohstoffe an diese teuer verkaufen, während sie selbst diese ja zum Selbstkostenpreis haben, und zwar beibehalten zur Herstellung der gleichen Produkte; so müssen die reinen Werke unterliegen. Man darf gespannt sein, ob sich die prinzipielle Verschiedenheit des neuen von dem alten Verbands nicht in dieser Richtung äußert.

Der Ausschluß der B-Produkte von der Kartellierung ist nirgends tragisch aufgenommen worden — die Gründe haben wir schon erörtert. Man kämpft vielmehr eine Hoffnung an sie — nämlich, daß die Produzenten von gleichartigen B-Produkten sich syndizieren. Diese Hoffnung erstreckt sich natürlich in erster Linie auf Stabstählen und Röhren. Durch das Vorgehen der Firma Thyssen & Co. scheint die für Röhren in greifbare Nähe gerückt zu sein. Der Boden einer Vereinigung ist hier durch die ungünstige Lage des Röhrenmarktes in der denkbar günstigsten Weise beeinflusst worden. Daß auf dem Stabstahlmarkt eine ähnliche Stimmung vorhanden ist, erscheint ausgeschlossen. Die Lage dieser Industrie ist eine so günstige, die Preise so außerordentlich hoch, daß eine Kartellierung von den Beteiligten weder für notwendig noch in ihrem Interesse liegend empfunden wird. Vielleicht vermögen die sicher wieder eintretenden Zeiten des geschäftlichen Niedergangs diese Stimmung in andere Bahnen zu lenken!

Das Aussehen unserer Volkswirtschaft hat seit dem letzten Bericht keine Veränderung erfahren. Überall frohe Stimmung und Hochkonjunktur! Nur eines ist dabei auffallend — der kleine Geschäftsmann klagt in dieser Zeit der Hochkonjunktur, die Konsumtionskraft der Bevölkerung im ganzen hat sich kaum gehoben. Die Tenerung hat den größten Teil einer etwaigen kleinen Erhöhung des Einkommens schon lange vorweggenommen. Auch unsere Industrie hat nach das gleiche Aussehen wie bei unserem letzten Bericht — starke Befestigung und feste Preise sind die allgemeine Signatur. Die günstige Tendenz wird noch bestärkt durch die Meldungen aus dem Ausland — aus Frankreich, Belgien und besonders Amerika — die alle Merkmale einer Hochkonjunktur an sich tragen. Wie unsere Arbeiterchaft daran partizipiert, wird an anderer Stelle gezeigt. Von ihr hoffen wir, daß sie durch den Launen der Hochkonjunktur sich nicht hinreißen läßt und ganz nach Eitte der Unternehmer nur der Gegenwart lebt, ohne zu bedenken, daß ihr eine trübe, für den Arbeiter sehr trübe Zukunft folgen kann — und folgen muß, wenn er nicht beiseiten vorkaut und sich in seiner Organisation einen starken Rückhalt sichert.

Ein Unternehmer zur Gewerkschaftsfrage.

In weiten Kreisen des Unternehmertums unserer Metallindustrie ist man mit mehr Eifer als Einsicht bestrebt, der Gewerkschaftsbewegung gegenüber den krasien „Herr-im-Hause-Standpunkt“ unter allen Umständen hochzuhalten. Bei etwas mehr sozialem Verständnis und entsprechendem Entgegenkommen der Arbeitgeber hätten unserer Industrie viele schwere, beide Teile schädigende Kämpfe erspart werden können. Von einem wohlwärtigen Gespäch zu dieser bedauerlichen Haltung weiter Arbeitgeberkreise zeugt ein Ausspruch des Leiters der bekannten Maggi-Werke, die mehr als 5000 Arbeiter und Beamte beschäftigen. Bei Gelegenheit von Tarifverhandlungen zu Singen a. S. im Herbst 1911 äußerte sich Herr Direktor Maggi zur Gewerkschaftsfrage wie folgt:

„Was die in Gewerkschaften organisierte Arbeiterchaft anstrebt, deckt sich mit unseren eigenen Zielen. Wir betrachten die Gewerkschaften als Pioniere des Kulturfortschrittes und sind unumwunden geneigt, ihre Bestrebungen zu unterstützen, als wir in ihnen das Mittel zur Ordnung der sozialen Frage auf dem Wege der Evolution im Gegensatz zur Revolution, erblicken. Die Leitung des Maggi-Unternehmens steht nicht auf dem veralteten patriarchalischen Standpunkte, absoluter Herr im eigenen Hause sein zu wollen. Wir haben von jeher in unseren Arbeitern und Beamten nicht Maschinen, sondern Mitarbeiter an der gemeinsamen Aufgabe erblickt und das Recht der Persönlichkeit in ihnen geachtet. Sowie in unseren Kräften steht und sich mit der Verfolgung des gemeinsamen Zieles irgend vereinbaren läßt, sind wir entschlossen, unsererseits zur Selbstständigkeit des Arbeiterhandes beizutragen.“

Beweis dessen: Verschiedene in unseren Betrieben eingerichtete Institutionen, die andere Betriebe nicht aufweisen; auch sind wir willens, den Einfluß der Arbeiterchaft auf den Fabrikbetrieb noch weiter zu stärken. Freilich kann dies nur allmählich geschehen, denn Hand in Hand damit muß die Erziehung der Arbeiter zur größerer Selbstständigkeit und unbefangener Urteil gehen.

Solange die Arbeiterchaft ihrerseits in der Geschäftsleitung fast mehr ihren Begier als ihren natürlichen Verbänden erblickt, ist sie für eine solche Auffassung noch nicht reif und würde deren Durchführung notwendigerweise zum Schaden statt zur Blüte des Geschäftes ausschlagen. Und doch hat die Arbeiterchaft vitales Interesse daran, diese Blüte zu befestigen und zu vergrößern. Denn nur ein dauernd gut rentierendes Geschäft ist in der Lage, seine Arbeitsbedingungen in materieller und moralischer Hinsicht stetig zu verbessern und musterhaft zu gestalten.“

Der erste Absatz der vorstehenden Ausführungen ging seinerzeit durch den ganzen roten Blätterwald — seitdem nun aber auch der andere Teil der Ausführungen des Herrn Maggi im Wortlaut vorliegt, scheint man dort ein Haar in der Butter gefunden zu haben. Gewerbesolidarität und Klassenkampf sind eben Gegensätze, darüber kann man sich mit den schönsten Phrasen nicht hinweg täuschen. Wir als christliche Gewerkschaftler hingegen können Anspruch darauf erheben, die in den leztzitierten Sätzen des Herrn Direktor Maggi ausgesprochene Wahrheit stets anerkannt und gewürdigt zu haben. Aus diesem Grunde lehnen wir den Klassenkampf, mit dem die Sozialdemokratie angeblich die Arbeiterchaft „befreien“ will, mit aller Entschiedenheit ab. Während die Sozialdemokratie die Menschheit in Ausbeuter und Ausgebeutete einteilt, und alle Aktionen auf ihr Endziel: „Beseitigung der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ einstellt, stehen die christlichen Gewerkschaften auf dem Boden der heutigen Ordnung. Dem Unternehmertum gegenüber haben sie stets eine durchaus objektive Stellung eingenommen und die Berechtigung seiner Existenz sowie die Bedeutung seiner Funktionen für das Wirtschaftsleben voll anerkannt. Dafür können Hunderte von Belegen aus Reden und Schriften erbracht werden.

Im Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1911 wird dieser Standpunkt in die Formel zusammengefaßt: „Durch die Förderung des Gemeinwohls ist auch dem eigenen Stande am besten gedient.“ Und an anderer Stelle heißt es daselbst über das Verhältnis zu den Unternehmern:

„Die christlichen Gewerkschaften belassen den Unternehmer, auch den Privatunternehmer, dort, wo er wirtschaftlich am Platze ist, in seiner leitenden Stellung. Die wichtigsten Funktionen der Beschaffung des Kapitals, der Spekulation, der kaufmännischen und technischen Organisation, bleiben das ursprüngliche Gebiet seiner Betätigung. Je erfolgreicher sich der Unternehmer hier betätigt, desto besser für seine Arbeiter. Nur bei der Organisation der Arbeit und ihren Bedingungen wollen die Arbeiter mitsprechen. Aber auch hier nicht aus dem Bestreben, den Unternehmergewinn zu kontrollieren, zu beeinträchtigen u. s. f., sondern lediglich vom Standpunkt der Arbeit, damit diese sich entsprechend lohne. Das zu tun ist ihr gutes Recht und ihre Pflicht. Die christlichen Gewerkschaften sehen eine wichtige Aufgabe darin, alles das zu fördern, was der Solidarität dient, und ergeben dazu jedes gebotene Mittel. Das haben sie bewiesen mit ihrer Stellungnahme zu allen sozialreformatorischen Bestrebungen auf bürgerlicher Seite. Sie werden es mit ihrer Erhaltung auch beweisen durch die Erziehungsarbeit, die sie zu leisten bereit sind für die gewerbliche Ausbildung und insbesondere für die soziale Schulung ihrer Mitglieder. Damit ist es ihnen rechtlicher Ernst. Freilich muß von den Unternehmern und ihren Verbänden erwartet werden, daß sie sich zu einer entsprechenden Haltung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung durchringen. Der Solidaritätsgedanke hat bisher auf deren Seite, so auffallend das klingen mag, viel weniger Boden als auf Seiten der Arbeiter gefunden. An der christlichen Arbeiterbewegung soll es nicht fehlen, nach beiden Seiten Wandel zu schaffen. Obenan steht das Gedeihen des Gesamtunternehmens — also die Solidarität, und dann erst kann eine Auseinandersetzung der Parteien über den Anteil am Gewinn stattfinden auf dem Boden gegenseitiger Anerkennung und vernünftiger Verständigung.“

Die christlichen Gewerkschaften treiben also Realpolitik, nichts liegt ihren Bestrebungen ferner, als Industrie und Gewerbe zu beunruhigen, zu schädigen, und in ihrer Fortentwicklung zu behindern. Um so bedauerlicher und unverständlicher ist die Haltung vieler Arbeitgeber, die durch ihr kurzfristiges, „schwarzmagischer“ ablehnendes Verhalten allen berechtigten Arbeiterforderungen gegenüber der klassenkämpferischen Sozialdemokratie das Wasser auf die Mühlen treiben. Mögen deshalb diese Kreise ihre Anschauungen im Sinne der von sozialem Verständnis zeugenden Ausführungen des Leiters des Maggiunternehmens revidieren.

Unsere Kollegen allerwärts mögen das Ihre zu einem solchen Umstimmung dadurch beitragen, daß sie unverbrochen für die weitere Stärkung unseres Verbandes und unserer Gesamtbewegung arbeiten.

Konferenz des Mannheimer Bezirks.

Unsere diesjährige Bezirkskonferenz, auf der auch Verbandsvorsitzender Kollege Wieber anwesend war, tagte am 28. April in den Kaisersälen zu Mannheim. Nicht vertreten war die Ortsgruppe Sinheim, was in der Konferenz um so entschwiebener gerügt wurde, als die Kollegen wegen ihrer unzulänglichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse alle Ursache hätten, etwas mehr Fühlung mit dem Verbandsorganen und dessen wichtigsten Lebensäußerungen zu halten.

In seinem Jahresbericht konnte der Bezirksleiter eine schöne Mitgliederzunahme konstatieren. Gegen das Vorjahr hat sich die Mitgliederzahl im Bezirk um 40 Prozent gesteigert. Diese Steigerung hätte eine noch bedeutend größere sein können, wenn in allen Ortsgruppen in der richtigen Art und Weise und mit der notwendigen Energie und Ausdauer gearbeitet worden wäre. Von den Hauptgruppen abgesehen, ließ besonders auch die Gewinnung der Jugendlichen an den meisten Orten vieles zu wünschen übrig.

An Bewegungen waren wir in 13 Fällen beteiligt; in 3 Fällen führten wir solche selbstständig mit verhältnismäßig schönen Erfolgen. Trotz des terroristischen Verhaltens der Genossen gelang es uns, bei verschiedenen Bewegungen bedeutende Lohnerböhrungen zu erreichen. Bei je einer Bewegung in Ladenburg und Karlsrube, die wir mit dem sozialdemokratischen Verband gemeinsam eingeleitet, konnte der „Mut“ und die Anschlußfertigkeit, sowie die Veranlagung zu Berrückterpraktiken, die zünftigen Selben alle Ehre gemacht hätten, bei einer Anzahl Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes festgestellt werden. Ebenso spielten die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes in Mannheim bei der Firma Benz eine Rolle, die eher allen anderen als einer Interessenvertretung der Arbeiterchaft ähnlich sah. Hervorragende Mitglieder des Arbeiterausschusses genannter Firma, die lange als Führer des „Deutschen“ Metallarbeiterverbandes galten, wurden später von der Firma befördert. Einige dieser gehobenen Proletarier gerieten sich dann bei Festlegung der Nordblöhrne und in Punktbehandlung ihrer früheren „Genossen“ noch schlimmer, wie die früher so oft verführten alten Beamten des Werkes. Ein damit zusammenhängender Prozeß wegen Mißhandlung vor dem Mannheimer Schöffengericht warf interessante Streiflichter auf die Handhabung der sozialdemokratischen Brüderlichkeits-theorie.

Die Beitragsleistung stieg um 11 849 Beiträge gegen das Vorjahr. Die Hauptkasse bilanzierte in Einnahmen und Ausgaben mit 25 913,82 M. An Unterstellungen wurden insgesamt 6 859,77 M. ausgezahlt. Die Lokalkassenbestände betrugen am 31. Dezember 1911 1297,88 Mark.

Am Nachmittag hielt Kollege Kull-Mannheim ein Referat über unsere nächsten Aufgaben auf finanzwirtschaftlichem Gebiet innerhalb unseres Verbandes im allgemeinen und unseres Bezirks im besonderen. Die mit reichem Zahlenmaterial belegten Ausführungen gipfelten in der Forderung einer andauernden Opfeerbereitschaft unserer Kollegen; ohne die unter den gegebenen Verhältnissen nun einmal ernsthafte gewerkschaftliche Arbeit nicht möglich sei. Eine daraufhin angenommene Resolution spricht die Erwartung aus, daß die diesjährige Verbandsgeneralversammlung der Finanzkraft unseres Verbandes die größte Aufmerksamkeit widme.

Nach einer ausgiebigen und lebhaften Diskussion, die durchweg von einem guten gewerkschaftlichen Geist wenigstens bei den führenden Kollegen unseres Bezirks zeugte, nahm unser Verbandsvorsitzender Kollege Wieber zu einem großartigen Referat über die neuesten Kämpfe und die sich daraus für uns ergebenden Lehren das Wort. Die Ausführungen zeigten so recht treffend die wachsende Bedeutung unserer Bewegung und den hohen Wert, den die unverbrochene systematische Mitarbeit eines jeden einzelnen Mitgliedes im Interesse unseres ganzen Standes hat. Nach Beratung einiger Anträge, Wahl des Bezirksvorstandes und einem kurzen Schlußwort des Bezirksleiters fand dann die Konferenz mit einem erneuten Appell des Kollegen Samstag zu eifriger Mitarbeit im kommenden Jahre und einem Hoch auf den Verband ihren Abschluß. W. L.

Mehr Selbständigkeit.

Immer wieder ist in heutiger Zeit die Mahnung an unsere Kollegen angebracht, mehr selbständig aufzutreten und sich nicht von jedem rabilen Schreier überblöpseln und zu unüberlegten Schritten hinreißen zu lassen. Denn regelmäßig zeigt es sich, daß bei allzu radikalem Draufgehen und unüberlegtem Handeln die Arbeiter letzten Endes stets die Kosten zu bezahlen haben. Eine unbedingt notwendige Tugend des Gewerkschaftlers ist es, bei Differenzen, gleich welcher Art sie auch sein mögen, die Ruhe und kühle Ueberlegung zu bewahren. Nichts soll ohne die Organisationsleitung unternommen werden; besonders verfehlt

Metallbricketts.

Von Dr. Hugo Kuhl.

Der ungeheure Bedarf an Metall läßt es erklärlich erscheinen, daß die Technik auf alle erdenkliche Weise bemüht ist, die in großen Hütten- und Maschinenwerken in reichlichen Mengen vorfindenden Abfälle in den großen Kreislauf der Verwertung zurückzuführen. Besonders wichtig werden auf diese Weise große Mengen Zinn und Eisen aus Reibblechabfällen der Technik wiedergewonnen. Die Brickettierung von Bohrspänen und anderen Metallabfällen ist das jüngste Unternehmen dieser Art, wenn auch schon längere Zeit diesbezügliche Versuche gemacht sind. So stellten die bekannten Firmen Blohm u. Voß in Hamburg, Jäger u. Wasse in Meßern nach eigenem Verfahren Metallbricketts her.

Von großer Bedeutung ist diese Brickettierung aus zwei Gründen. Einmal werden in der Tat recht ansehnliche Metallmassen den Hüttenbetrieben wieder zugeführt, die der Technik ohne dieses verloren gegangen wären, andererseits kommt ihnen auch in wirtschaftlicher Beziehung besondere Bedeutung zu, weil der Frachtwertand wesentlich erleichtert wird, bezuglichen die Lagerung.

Nachdem wir die wirtschaftliche Seite kurz würdigten, mögen einige Angaben über die Darstellung der Metallbricketts folgen. Wir können zwei Methoden unterscheiden.

Die eine beruht darin, daß Bohr-, Dreh-, Feil- und Hobelspanne von Eisen oder Stahl, sowie von anderen Metallen und Metalllegierungen unter hohen hydraulischen Druck in Brickettsform gepreßt werden. Es gelangen Ernde von 50 000 Kg. auf 1 Quadratm. zur Verwendung. Zur Zeit ist dieses Patent, das einem Berliner Konsortium gehört, das meist verwendet. In Chemnitz hat sich eine Firma, die von dem Konsortium und einigen in Chemnitz ansässigen Werken gebildet wird, als „Sächsische Metall-Brickettwerke G. m. b. H.“ gebildet. Da sich der Verkauf von Metallbricketts auf weite Entfernungen nicht lohnt, ist die Gründung weiterer Anstalten in den verschiedenen Industriegegenden Deutschlands vorgezogen. Das zweite Verfahren beruht auf der Verwendung eines Bindemittels bei der Brickettierung, als solches dient ein aus den Ablängen der Sulfitecellulose-Fabriken gewonnenes Produkt, das Zellpech. Dieses wird nach einem patentierten, von Dr. Trauer ausgearbeiteten Verfahren von der Gewerkschaft für Zellpechverwertung in Walsum am Rhein, „Pionier“ fabrikmäßig dargestellt.

Nach der chemischen Untersuchung enthält es 25,70 Proz. fixen Kohlenstoff, 47,95 Proz. flüchtige und somit 76,65 Proz. brennbare Bestandteile mit einem Heizwert von 2168 Kcalorien.

Nach den bisherigen Erfahrungen kommt das Zellpech in Betracht bei der Brickettierung des beim Hoch-

ofenprozeß in großen Mengen erhaltenen Gichtstaubes, welcher infolge seines hohen Eisengehaltes einen bedeutenden Wert repräsentiert. Die Gesellschaft „Deutscher Kaiser“ zu Bruchhausen brickettiert nach Angabe von Dr. Aufhäuser (in der Zeitschrift für angewandte Chemie) täglich etwa 180 M. Gichtstaub mit einem Zusatz von 4,5 Proz. Zellpech. Da letzteres als ein fast reißlos verbrennender Stoff ein vorzügliches Reduktionsmittel darstellt, so wird der Gang des Hochofens günstig beeinflusst.

Von den Metallbricketts, die wir soeben kurz würdigten, verdienen die aus Eisen- oder Stahlspänen gepreßten das größte Interesse, da sie als Ersatz des Roheisens dienen, nenngleich sie meistens im Gegensatz zum Blockmetall nur als Schmelzgut verwendet werden können. Nach Angabe von Vorfis, sowie von Blohm u. Voß können die Bricketts ohne vorübergehende Schmelzung verwendet werden, wenn man nur kleine Mengen jedesmal neuen Legierungen zusetzt.

Zum Schluß noch ein kurzes Wort über die wirtschaftliche Verwendbarkeit. Diese ist nur dann vorhanden, wenn der für Metallbricketts bezahlte Preis den des Brucheisens nicht übersteigt. Um den Absatz der neuen Ware möglichst zu sichern, darf für die nächste Zeit der für Eisenbricketts geforderte Preis den für Bruch Eisen nicht erreichen.

ist es, die Arbeit ohne weiteres niederzulegen. Auch wo unsere Kollegen in der Minderheit sind, haben sie das überreizte rote Draufgängertum in seine Schranken zu weisen. Zu wiederholten Malen mußten wir konstatieren, daß einzelne Radikalinstas aus dem roten Lager bei der ersten besten Gelegenheit die „Wochenhimmelfahrt“ und die übrigen Kollegen veranlassen, mit herauszugehen. Das Ende derartiger Furchs ist dann in der Regel bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit. Die Arbeiter holen sich da gewöhnlich nur die Vamagie einer Niederlage, läßtten dazu einige Tage Lohn ein und sind auf diese Weise doppelt die Geschädigten.

In letzter Zeit hatten die sozialdemokratischen Radikalinstas auf der Gasmotorenfabrik N.-G. vorm. Schmitz in Köln-Bickendorf wieder das Bedürfnis, ihre „Macht“ zu zeigen. Weil dieser Fall so recht zeigt, daß durch Furchs für den Arbeiter nichts zu erreichen ist, soll er hier als abschreckendes Beispiel angeführt werden.

Am 22. April legten die Arbeiter der Gasmotorenfabrik vorm. Schmitz in Köln-Bickendorf, die zum größten Teil im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband organisiert sind, plötzlich die Arbeit nieder. Grund: Ein Schlosser weigerte sich, eine notwendige Reparatur nach Feierabend auszuführen. Einige unserer Kollegen ließen sich von den roten Schreibern ins Bodshorn jagen und verließen ebenfalls ihre Arbeitsstelle. Die Firma machte bekannt, daß jeder, der die Fabrik verlassen würde, entlassen sei. Auch diese Bekanntmachung erwiderte die „starke“ Genossen nicht. Was scheren auch einen zielbewußten Genossen Vernunftsgründe? Der Firma sollte ja partout die „Macht“ des sozialdemokratischen „Deutschen“ gezeigt werden. „Entweder alle kommen wieder herein oder keiner!“ — So kommandierten die Genossen und schloßten in der Zuversicht ihres Sieges.

Als die Firma gar nach der ersten Verhandlung mit den Organisationsvertretern Entgegenkommen gezeigt hatte, glaubten die Soldaten wieder geschlossen in den Betrieb hereinzukommen. Aber die Sache kam anders. Der Arbeitgeber-Verband hatte Wind von der Geschichte bekommen und er klärte die Firma auf, daß die Arbeiter gegen die Satzungen ihrer Organisation gehandelt hätten und somit machtlos seien. Nach tagelangem Hin- und Herverhandeln erbat die Bewegung dann mit einer glatten Niederlage für die beteiligten Arbeiter; sie mußten sogar noch Konzessionen machen, um nach acht Tagen wieder in den Betrieb hineinzukommen. Nicht nur der erste Arbeiter wurde entlassen, sondern drei weitere mußten auch gehen. Es blieben also im ganzen vier Arbeiter auf der Strecke. Dazu kommt noch für etwa 130 Arbeiter eine Woche Lohnverlust. Für diesen „Erfolg“ können die Geschädigten sich bei den roten Schreibern bedanken.

Nicht Tage sfireien die „starke“ und unbezwingbaren Soldaten vom roten Deutschen und kriechen dann bedingungslos zu Kreuze. Gält man das Auftreten der Kölner Zeitung des roten Verbandes in den letzten Wochen daneben, vergegenwärtigt man sich deren Bemühen, „die andere Organisation“ als bedeutungslos hinzustellen, dann kann man sich eines mitleidigen Lächelns über diese Leute kaum erwehren.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir kurz auf eine Bewegung hinweisen, die zu derselben Zeit in Köln-Bickendorf von unserem Verbande allein geführt wurde. Bei der Firma S o p m a n n hatten die Kollegen durch unseren Verband Forderungen gestellt. Das Resultat war, daß fast sämtliche Arbeiter Lohnzulagen von 3—5 Pfg. pro Stunde erhielten — natürlich ohne Furchs!

Daraus können die Kollegen ersehen, wo ihre Interessen am besten gewahrt werden. Die „Zukunftskämpfer“ bei der Firma Schmitz sind bedingungslos zu Kreuze gekrochen, lassen vier Kollegen auf der Strecke und haben nebenbei noch einen Lohnausfall von einer Woche gehabt. — Bei der Firma S o p m a n n sind die christlich organisierten Metallarbeiter gut vertreten; dort ist ein schöner Erfolg ohne Streik zu verzeichnen.

Diese beiden Fälle zeigen so recht, daß auch in Köln nicht derjenige das Meiste leistet, der „das größte Maul“ hat, sondern der, der praktisch arbeitet. Für unsere Kollegen muß das ein Ansporn sein, unentwegt und beharrlich weiter zu arbeiten für die weitere Ausbreitung und Stärkung unseres Verbandes.

Zur Generalversammlung.

Die vorhergehenden Nummern unseres Organs bringen Auslassungen verschiedener Kollegen zwecks Verheißung von Material zur Generalversammlung. In diesen Zuschriften wird allgemein einer generellen Erhöhung des Beitrages um 10 Pfg. pro Woche das Wort geredet. Ueber die Notwendigkeit einer weiteren Stärkung unseres Kampfbundes werden wohl kaum Meinungsverschiedenheiten in unsern Reihen bestehen, wohl aber über die Mittel und Wege, die zur Stärkung unserer Zentralfasse führen.

Wenn man sich die Jahresabrechnung unseres Verbandes für das Jahr 1911 durchsieht und findet, wie für Erwerbslosenunterstützung bei Krankheitsfällen mehr als 153 000 M. verausgabt sind, muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß gerade diese Unterstützung es ist, die eine fortwährende Steigerung der Beiträge notwendig macht. Wenn man bedenkt, daß heute ein krankes Mitglied unter Umständen pro Woche 32, 35 ja 40 Mark Krankenunterstützung bezieht — eine Summe, die sehr oft den Arbeitsverdienst übersteigt — so muß man sich doch sagen, daß dieses für manchen geradezu ein Anreiz zum „Kranksein“ werden könnte. Als im Jahre 1906 die Krankenunterstützung in unserem Verbande eingeführt wurde, ließ man sich von der Erwägung leiten, daß mancher, der es verabsäumt hatte einer Zuschußkasse beizutreten, durch diese Unterstützung für den Verband gewonnen werden könnte. Ob der Erfolg den Erwartungen entsprach, möchte ich bezweifeln. Heute ist jedenfalls die Tatsache zu verzeichnen, daß gerade bei dieser Unterstützung jährlich tausende und abertausende Mark an „Unwürdige“ gezahlt werden. So mancher wartet bloß auf die Gelegenheit, um 80 oder 100 Mark Unterstützung zu beziehen, sich so für seine eingezahlten Beiträge „schadlos“ zu halten und dann dem Verbande den Rücken zu kehren. Ueberdies steht die Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit auch in einem schreienden Mißverhältnis zu derjenigen bei Arbeitslosigkeit. Während der Kranke pro Woche (mit Einschluß der aus der Zwangs- und Zuschußkasse gezahlten Gelder) 30 und mehr Mark Unterstützung bezieht, muß sich der Arbeitslose mit höchstens 10 Mark begnügen. Deshalb, meine ich, ist es Zeit, die Krankenunterstützung, wenn auch nicht ganz zu befristigen, so sie doch bis auf höchstens 8 Mark steigend herabzusetzen.

Bezüglich der Staffelleistungen vertrat ich die Auffassung, daß diese beibehalten werden müssen, ja, daß die untere Staffel noch mehr Mitgliedern zugänglich gemacht werden muß. Wir haben in unserem Verbande eine große Anzahl ungelerneter Arbeiter, die zum Teil noch Wochenlöhne von 20—24 Mark haben und die schon den jetzigen Beitrag nur unter schweren

Opfern aufbringen können. Durch eine abermalige Beitragserhöhung würden gerade diese Arbeiter schwer belastet werden. Aufgabe der Generalversammlung muß es daher sein, wenn eine Beitragserhöhung nicht zu umgehen ist dafür zu sorgen, daß es allen Mitgliedern bis zu einer bestimmten Lohnhöhe gestattet ist, in der untersten Staffel zu zahlen, damit es einem Teil der Kollegen nicht unmöglich gemacht wird, sich zu organisieren. Ferner müßte in Erwägung gezogen werden, ob es nicht angängig ist, die Ortsgruppen von der Verpflichtung, neben den 7 1/2% noch wöchentlich pro Mitglied 5 Pfennig an den Bezirk abzuführen, zu entbinden, da gerade mit dieser Verpflichtung ungleiches Recht geschaffen wird. Während diejenigen Gruppen, die darauf bedacht sind, durch Erhebung eines Lokalbeitrags für eine möglichst starke Lokalfasse zu sorgen, genötigt werden, 5 Pfennig an den Bezirk abzuführen, bleiben die andern Gruppen, denen es ebenfalls möglich wäre einen Lokalbeitrag einzuführen, die es aber aus verschiedenen Gründen unterlassen, von dieser Verpflichtung unberührt. Wenn ein Mehrbeitrag von wöchentlich 10 Pfennig gefordert wird, müßte die Zentralfasse für den Bezirksbeamten aufkommen. Die 7 1/2% der Beiträge müßten die Gruppen selbstverständlich weiter an den Bezirk zahlen. Einen weiteren Ausbau unseres Unterstützungswezens halte ich nicht für erforderlich.

Mögen unsere Delegierten auf der Generalversammlung sich von der Erwägung leiten lassen, daß sie es der Ehre unseres christlichen Metallarbeiterverbandes schuldig sind, diesen finanziell zu erhalten; mögen sie aber in ihren Beschließen auch Rücksicht nehmen auf unsere minder entlohnerten Kollegen. D. S.-Magdeburg.

Der Arbeitsmarkt im März.

Der Arbeitsmarkt weist im Frühjahr gewöhnlich eine stark steigende Kurve auf. Abgesehen von den um diese Zeit sich häufenden Aufträgen ist diese Erscheinung mit in erster Linie der Wiederbelebung der Saisongewerbe zuzuschreiben. Die mit der wärmeren Jahreszeit einsetzende Warttätigkeit, die Wiederaufnahme der Arbeit in der Industrie der Steine und Erden üben natürlich keinen geringen Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes aus. Wenn er aber eine solch günstige Gestaltung aufweist, wie im März d. J., so müssen wir auch der Hochkonjunktur einen bestimmenden Einfluß einkäumen. Daß dieser nicht gering ist, lehrt ein Vergleich mit früheren Jahren. Im März des Jahres 1911 kamen auf 100 offene Stellen 210 Arbeitsgesuche, im März dieses Jahres dagegen nur 145 (von männlichen Personen). Auch gegen den Februar d. J. ist die Gestaltung eine außerordentlich günstige — in diesem Monat kamen auf 100 offene Stellen 178 Arbeitsgesuche. Aus diesen Zahlen dürfen wir auf eine nicht unbedeutliche Besserung des Arbeitsmarktes im März sowohl gegen den gleichen Monat des Vorjahres als auch gegen den Vormonat schließen.

Die Gestaltung des weiblichen Arbeitsmarktes ist keine so erfreuliche wie die des männlichen. Zwar weist auch hier der März eine geringe Besserung gegen den Februar auf; der günstige Stand des entsprechenden Monats im Vorjahr konnte aber noch immer nicht erreicht werden. Auf 100 offene Stellen kamen im Berichtsmontat 84 Arbeitsgesuche gegen 88 im Vormonat und 81 im März 1911.

Bei den 729 (725) Arbeitsnachweisen, die ihre Berichte an das Reichsarbeitsblatt einbrachten, sind insgesamt 375 000 (379 000) Arbeitsgesuche männlicher Personen eingelaufen, denen 258 000 (213 000) offene Stellen und 215 000 (185 000) offene Stellen und 215 000 (185 000) Vermittlungen gegenüberstehen. Die Zahl der Arbeitsgesuche hat also ab-, die der offenen und vermittelten Stellen aber bedeutend zugenommen. Von weiblichen Arbeitsuchenden gingen 81 000 (75 000) Gesuche ein, denen 97 000 (85 000) offene und 55 000 (46 000) Vermittlungen gegenüberstehen. Wenn auch die Zahl der Arbeitsgesuche gestiegen ist — ein an und für sich ungünstiges Zeichen — so ist die der offenen und vermittelten Stellen doch in einem stärkeren Verhältnis gewachsen.

Der Arbeitsmarkt in unserer Industrie, wo noch immer die zuberstichtliche Hochkonjunktur herrscht, hat sich im März sehr günstig entwickelt. Auf 100 offene Stellen kamen 156 Arbeitsgesuche gegen 186 im Vormonat und 254 im März des Vorjahres. Fällt in diesen Zahlen schon die Besserung gegen den Vormonat auf, so noch mehr die gegen den März des Vorjahres. Dieser Umstand beweist deutlich den Umschwung, den unsere Industrie genommen hat. Der Arbeitsmarkt für weibliche Arbeitskräfte ist gegen den Februar ziemlich gleich geblieben. Kamen hier auf 100 offene Stellen 165 Arbeitsgesuche, so im März 162. Gegen den März 1911 hat sich die Lage nicht unbedeutlich verschlechtert, denn hier kamen auf 100 offene Stellen nur 139 Arbeitsgesuche. Dieser Umstand spricht aber aus dem hier schon öfters angegebenen Grunde keineswegs zu Ungunsten unserer Industrie. In der Gruppe der Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate sind insgesamt 76 398 (82 382) Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 48 854 (44 292) offene und 43 693 (40 214) vermittelte Stellen gegenüberstehen. Die Verminderung der Arbeitsgesuche und die Vermehrung der offenen und vermittelten Stellen charakterisieren deutlich den günstigen Stand des Arbeitsmarktes in unserer Industrie.

Aus der Arbeiterbewegung.

Ein roter Bullä und sein Ende.

Wie nicht anders zu erwarten war, nahm der rote Bullä auf der Vulkanwerk ein klägliches Ende. Seine Genossen, die am 30. April stolz wie ein Spanier kommandierten: „Alle Häber stehen still“ und laufen nicht eher wieder, bis unser „starker Arm es will!“ mußten — Schmerz laß nach! — zum Rückzug bläen, weil ihre Macht sich wieder einmal als D h n a m a c h t erwies. Zur Illustration dessen seien die zwei von der Arbeiterschaft gefassten und im „Hamburger Echo“ Nr. 101 und Nr. 109 veröffentlichten „Resolutionen“ nebeneinander gestellt.

Resolution vom 2. Mai: -

„Die Arbeiter der Vulkanwerk müssen nicht eher in die Betriebe zurückkehren, bis der entlassene Vertrauensmann b e z i g u n g s l o s wieder eingestellt ist.“

Resolution vom 10. Mai:

„Die Obleute und der Arbeiterausschuß der Vulkanwerk empfehlen uns die Geflossenheit der Organisation zu erhalten und durch die geschaffene Situation gezwungen, die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen.“

Merkt du was, Bruder Proletarier? Wie die Genossen macht doch wandelbar ist! Vor acht Tagen noch tummelte sie, bedingungslose Unterwerfung des Gegners heischend, auf stolzen Köpfen — und heute sieht sie sich durch die durch den topflosen Bullä selbst „geschaffene Situation gezwungen“, bedingungslos vor dem Unternehmertum zu Kreuze zu kriechen.

Wenn wir im Genossenzargon reden wollten müßten wir konstatieren, die roten Spanier von der Vulkanwerk seien nun durch ihre eigene Gelei auf den Hund gekommen. Auch das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes merkt wohl, daß es mit der Gelei seiner Hamburger keinen Staat machen kann und wüßte deshalb bis dato kein Wort darüber zu berichten. Ihm graut offenbar selbst vor den „frei“ gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Erziehungsresultaten, die dort in die Erscheinung treten.

Was haben die von den Radikalinstas geführten Arbeiter mit ihrer plötzlichen Arbeitsniederlegung erreicht? Einen empfindlichen Lohnverlust und eine erbärmliche Niederlage. Der Entlassene wird aus dem in unserer letzten Nummer schon angegebenen Grunde nicht mehr eingestellt. Heilmann, von dem die Parole zur sofortigen Arbeitsniederlegung ausging, hüßte in der Versammlung am 10. Mai zurück und erklärte, daß der Vertrauensmännerkörper die Verantwortung für die Fortführung des Kampfes nicht mehr übernehmen könne. Haben Heilmann und Genossen denn das am 30. April nicht auch schon gewußt? Sicherlich! — Aber da durfte man das ja nicht sagen — von wegen des Aufstalles zur Maifeier, wie das „Hamburger Echo“ in Nr. 101 so schön schrieb.

Ob die Hamburger Arbeiterschaft durch solche Prägeln auf Wagen, die ihnen das radikale Draufgängertum immer und immer wieder „erzingt“, nun halb zu ruhiger Ueberlegung kommen wird? Vorerst sind die Aussichten dafür gering. Vernunftgründe finden in den Köpfen einer fortwährend mit radikalen Behereien und Phrasen gefütterten Masse nur schwer Eingang. Das soll aber den noch vernünftigen Erwägungen zugänglichen Teil der Arbeiterschaft nicht abhalten, mit Entschiedenheit und Nachdruck gegen die das Interesse der Gesamtarbeiterschaft schwer schädigenden sozialdemokratischen Butsche Front zu machen. Wir können uns dieses Treiben nicht länger mehr gefallen lassen. Schließen wir uns darum im christlichen Metallarbeiterverband zusammen zu vereinter, tatkräftiger Arbeit für die wirtschaftliche und soziale Hebung unseres Standes. Kollegen, zur Tat! Durch Kampf zum Sieg!

Tom „Herensabbat“ der Mannheimer Genossen.

Auf dem Bloßberg reiten nach einer alten Mär am 1. Mai die Regen auf Besenstiebeln herum; am 1. Mai zäumt auch der waschechte „Genosse“ sein Steniosperd auf zum Sturmrütt gegen die „morische“ bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft. In den dem roten „Weltfeiertag“ vorhergehenden Wochen und Tagen prangen in den sozialistischen Blättern die bekannten schwulstigen Phrasen, in denen immer wieder die Aufforderung an das rote Volk wiederkehrt, den 1. Mai „wützig“ b. h. durch Arbeitsruhe zu feiern. Auch die Mannheimer „Vollstimme“ tat in dieser Hinsicht das Menschenmögliche. Man mußte fast zu der Ueberzeugung kommen, die Genossen wollten in diesem Jahre wieder einmal die Mannheimer Industrie aus ihren Angeln leben. Und dann kam der „große“ Tag — und „alle Häber“ standen nicht still. Doch halt, ganz stimmt das nicht!

Die bei der Firma Benz beschäftigten Genossen feierten wirklich den ganzen Tag. Sogar die christlichen Arbeiter mußten mitfeiern, weil — die Firma seit Jahren am 1. Mai Inventur macht. Feuer war es nun, wie verlautet, anders geplant. Die Inventur sollte am 30. April ihren Abschluß finden und der Betrieb am 1. Mai wieder aufgenommen werden. So behaupteten wenigstens Leute, die es wissen konnten. Dieses Vorhaben der Firma brachte aber das Blut der Genossen nicht wenig in Wallung. Das ist sehr verständlich, zumal es sich um „tapfere“ Benz-Genossen handelte, die, wie die Sozialistenpresse wiederholt der Deffentlichkeit vorzuführen suchte, es durchgesetzt hatten, daß die Firma am roten „Weltfeiertag“ frei gab. Auch diesmal las man so in der roten Presse — aber der „Mannheimer Generalanzeiger“ konnte darauf prompt mit der Erklärung dienen, daß dies nicht wahr sei; die Firma Benz lasse, wie alljährlich, nur wegen der Inventur feiern.

Zimmerhin ist doch eines interessant an der Sache. Ein „diskreter“ Genosse wüßte nämlich zu erzählen, man habe zuerst am 1. Mai arbeiten sollen. Der Arbeiterausschuß habe es aber schließlich doch dahin gebracht, daß die Inventur auf den 1. Mai mitausgedehnt wurde. Dafür mußten die Arbeiter in den Abteilungen, wo es notwendig sei, am 2. Mai 12 Stunden arbeiten. Tatsächlich geschieht das. In den Abteilungen, wo die Arbeit drängt, wird ohne Mittagspausen von morgens 6 bis abends 6 Uhr gearbeitet, mit nur zweimal 20 Minuten Zwischenpausen. — Die Genossen aber sind stolz darauf, in Mannheim bei der Weltfirma Benz die Feier des 1. Mai „durchgesetzt“ zu haben.

Der Tag wurde natürlich auch festlich begangen. Morgens trafen sich die Benzgenossen im Kolosseum und nachmittags gab eine Fahrt durch die Mannheimer Häfen. Da kam man an vielen „überzeugten“ Genossen vorbei, die auf Kranen und in den Häfen im Foch des Kapitalismus fronten. Die maifeiernden Männlein und Weiblein fühlten darob ein genössliches Mühren und winkten den Armen zu, daß für heute das kapitalistische Foch abzuhütteln und mitzukommen. Doch, o Schreck, die Armen schienen heute sogar von den verpönten bürgerlichen Gedankenengängen angefaßt zu sein, denn sie riefen den Maifeiernden zu: „Morgen habt ihr nichts zu fressen!“ Darob natürlich auf Seiten der Benzgenossen große Enttäuschung, die sich in brüderlichen Titulationen wie „Scherenscheißer“ u. Lust machte.

Die rote Vollstimme aber schwelgt in kindischen Illusionen und redet vom „Netz wachsenden Umfang und der Bedeutung“ der Maifeier. Lassen wir ihr die Freude — und auch den Benzgenossen. Schade nur, daß der große Spötter Heinrich Heine nicht mehr unter den Genossen von heute weilt. Sicherlich würde er dann vom Herrgott auch für die Benzianer das Wachsen von Schwänzen erbitten, damit sie im nächsten Jahre ihre Weltfirma durch noch deutlicheres „Wobeln“, „abwürgen“ könnten, am 1. Mai alle Häber still stehen zu lassen — damit sie am 2. Mai 12 Stunden lang ununterbrochen laufen können. — Und mit solchen Hel—denseelen glaubt das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes seinen Traum von der „neuen Epoche“ verwirklichen zu können.

Das endgültige Resultat der Sicherheitsmännerwahlen im Ruhrgebiet.

liegt nunmehr vor. Danach hat der sozialdemokratische Verband 295 Mandate verloren, und zwar an den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter 212 Mandate, an die Geflossen 52 und an die Polen 31. Recht bezeichnend ist es, daß auf den Schachtanlagen, wo die Gelben eigene Kandidaten aufstellten, die sozialdemokratische Stimmenzahl gewaltig zurückging. Damit ist der Beweis erbracht, daß die früheren Siege des Verbandes auf die Hilfe der Gelben sich stützten.

Sehr interessant ist es nun, wie die Genossen die Öffentlichkeit, besonders außerhalb des Ruhrgebiets, irre zu führen suchen, um ihre Niederlage zu beschönigen. Sie behaupten nämlich, der Alte Verband habe sich an den Sicherheitsmännerwahlen nicht beteiligt! (So zu lesen in der „Fränkischen Tagespost“, Nürnberg vom 3. Mai 1912.) Tatsache ist demgegenüber, daß der sozialdemokratische Verband bei dieser Wahl sehr eifrig gewesen ist. In seiner Presse sowohl wie in Flugblättern hat er die lebhafteste Propaganda für die Wahl gemacht. Auch die Agitation der Verbände auf den einzelnen Schachtanlagen war eine sehr intensive. Dabei ist es eine Spekulation auf die Dummheit der Masse, wenn es in der genannten Notiz der sozialdemokratischen „Fränk. Tagespost“ heißt, die bisher vom freien Verband innegehabten Siege seien den Christlichen überlassen (!) worden, weil diese von den Gelben kaum zu unterscheiden seien und sich deshalb zur Durchführung dieses „Sicherheitsmännerwahlens“ eigneten. Es geht in diesem Falle dem sozialdemokratischen Verbands gerade so wie dem Fuchs, dem die Trauben zu sauer waren. An der Tatsache ist eben nicht zu rütteln, daß der frivole Ruhrbergarbeiterstreik der Bergarbeiterschaft gründlich die Augen geöffnet hat.

„Eine der feinsten Blüten.“

„Genosse“ Otto Hue der vor kurzem von dem früheren sozialdemokratischen Führer Bernhard im „Blut“ als „eine der feinsten Blüten der gewerkschaftlich organisierten Knappschaff“ tituliert wurde, hat nach dem kläglichen Zusammenbruch des roten Bergarbeiterteils im Ruhrgebiet die „Aufklärung“ seiner Genossen in Süddeutschland übernommen. Die Reise führte ihn auch nach Fürth, wo er die christlichen Gewerkschaften in der üblichen Weise angriff. Sogar an die Tränenbrühen seiner Gewinnungsgenossen hat er da appelliert. „Er greifend waren seine Ausführungen“, berichtet die sozialdemokratische „Fränkische Tagespost“ unterm 19. April 1912:

„Jeder der Anwesenden möchte da mit dem Gedruege gefühlt haben, nachdem ihnen vorher eine Vorstellung gegeben worden war, von dem unglaublichen brutalen Vorgehen durch Militär, Gendarmerie und Schulleute.“

Hue hat also dem Militär „unglaublich brutales Vorgehen“ zum Vorwurf gemacht. Ungefähr zu gleicher Zeit erschien in Rheinland-Westfalen ein sozialdemokratisches Flugblatt über den Bergarbeiterteil, worin es heißt:

„Die streikenden Bergleute atmeten förmlich auf, als Militär herankam, das sich durch die Presse zu Ausschreitungen nicht verleiten ließ.“

Wer hat nun Recht? Hue, oder das sozialdemokratische Agitationskomitee von Rheinland und Westfalen, von dem das erwähnte Flugblatt herausgegeben wurde? Nicht zum erstenmal hat diese sogenannte „feinste Blüte“ erweislich unwahre Behauptungen verbreitet. Anfangs d. J. rebete Hue in einer Versammlung in Bochum über die Reichsversicherungsordnung. Das sozialdemokratische „Volkblatt“, Bochum, wußte darüber in seiner Nr. 6 vom 8. Januar 1912 zu berichten:

„Nebst rechtfertigt dann ausführlich die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion bei der Reichsversicherungsordnung. Noch soeben sei ihm ein Brief von einem Unfallinvaliden aus Wanne übergeben worden, der nun schon am eigenen Leibe die Wohltaten der herrlichen Reichsversicherungsordnung zu fühlen bekommen.“

Denn waren die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung noch gar nicht in Kraft getreten. Und kein Mensch konnte ihre „Wohltaten“ schon zu fühlen bekommen. Aber über solche Zwirnspinnereien stolpert doch der geschmeibige, von der „Münchener Post“ als „der große Bergarbeiter“ angehimmelte Genosse Hue nicht!

Rundschau.

Im Jahresbericht des Unternehmerzwangsarbeitsnachweises Mannheimer-Ludwigshafener für 1911 werden die Beschwerden der Arbeiter gegen diese „Sortiermaschine“ folgendermaßen abgetan:

„Durch die Beschwerdeinstanz ist den Arbeitnehmenden Gelegenheit geboten, etwaige Klagen über Behandlung seitens der Schalterbeamten oder die Vermittlungstätigkeit des Nachweises entweder bei dem Geschäftsführer oder bei den Mitgliedern der Beschwerdekommision (Herr Richard Lehnel für Mannheim, Herr Oberingenieur Haujein für Ludwigshafen) vorzubringen. Die Arbeiter sind durch ein im Vorhofe der Arbeitsnachweise angebrachtes Plakat auf diese Beschwerdestellen hingewiesen. Bei dem derzeitigen 1. Vorsitzenden Herrn Richard Lehnel, Mannheim, sind im Berichtsjahre insgesamt 7 Beschwerden eingereicht worden, in welchen seitens der Beschwerdeführenden Klage geführt wurde entweder darüber, daß sie schon längere Zeit ergebnislos um Arbeit nachgefragt hätten, oder daß ihre Vormerkung in den Listen der Arbeitsnachweisen seitens der Schalterbeamten abgelehnt worden sei. Diese Beschwerden hatten nach angestellten Prüfungen ausnahmslos ihre Ursache darin, daß auch im abgelaufenen Jahre die Zahl der Arbeitnehmenden diejenige der Nachfrage (speziell nach ungelerten Arbeitern) stets um ein ganz Bedeutendes überstieg und deshalb den Wünschen der Arbeitslosen nach prompter Vermittlung einer Beschäftigung nicht immer Rechnung getragen werden konnte, oder daß die Beamten die Eintragung der Arbeitnehmenden in die Vermittlungslisten aus dem Grunde ablehnen mußten, weil dieselben nicht in Besitz ordnungsgemäßer Papiere waren; die Beschwerden erwiesen sich demnach sämtlich als unbegründet.“

Wenn die Unternehmer glauben, daß sie durch diese Darlegungen die Bedenken der Öffentlichkeit zerstreuen und die „Sortiermaschine“ ihrer Sortiermaschine beibehalten können, dürfen sie sich doch im Irrtum befinden. Die Enthaltungen über die Praxis bejagten Arbeitsnachweises vor einigen Jahren redeten eine gar deutliche Sprache. Im übrigen widerlegt sich der Zwangsarbeitsnachweis von selbst. Warum in aller Welt gesteht man den Arbeitern keinen Einfluß auf den Arbeitsnachweis zu, wenn alles so „harmlos“ zugeht. Solange hier die Insubordinierten Kläger und Richter in einer Person sind, solange sind ihre Publikationen entsprechend einseitig.

Aus der Metallindustrie. Die Reichsversicherungsanstalt in Kalk will ihr Aktienkapital um 6 Millionen von 14 auf 20 Millionen Mark erhöhen. Gleichzeitig will die Gesellschaft eine Anleihe von 10 Millionen Mark aufnehmen. Nach dieser Kapitalvermehrung betragen die Betriebs-

mittel des Hombold ungefähr 38 Millionen Mark. — Der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-W. verbleibt nach Abzug des Gewinnanteils des Vorstandes ein Reingewinn von 1 706 000 Mark, der folgendermaßen verteilt wird: Abschreibungen 801 902 Mark, zum Beamten-Unterstützungsbestand 40 000 M., 14% Dividende, Gewinnanteile für den Aufsichtsrat 50 000 M. — Die Siegener Dynamitfabrik verteilt 14% Dividende.

Zur Erneuerung der internationalen Träger- und Schienenabkommen finden in allernächster Zeit Verhandlungen unter den Werken statt. Nach der „Röfn. Volksztg.“ sind schon vor der Erneuerung des Stahlwerksverbandes diesbezügliche Verhandlungen gepflogen worden und sei an dem Zustandekommen der internationalen Vereinigungen nicht zu zweifeln. — Für das Röhrengewerbe soll auf Veranlassung des Herrn Dyssen eine internationale Konferenz einberufen werden. Dabei handelt es sich um das Bestreben, namentlich mit den amerikanischen Werken (welche in Holland und in den nördlichen Gebieten Europas den auf dem europäischen Festland liegenden Röhrenwerken stärkeren Wettbewerb bereiten) ein Abkommen bezüglich der Preise zu treffen. In dieses Abkommen sollen auch die Mannesmannröhren-Werke, die bekanntlich am Ausfuhrmarkt eine bedeutende Stellung einnehmen, einbezogen werden.

Nach den Angaben des Berg- und Hüttenmännischen Vereins waren 1911 in der ober-schlesischen Eisen- und Metallhüttenindustrie 56 433 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, die insgesamt 58,64 Millionen Mark Löhne bezogen haben. Den niedrigsten Jahresdurchschnittslohn für Arbeiterinnen verzeichnen mit 278 Mark — also nicht einmal eine Mark pro Tag — die Zinkblechwalzwerke. Mit 988 M. weisen die Blei- und Silberhütten den niedrigsten Durchschnittslohn für die über 16 Jahre alten männlichen Arbeiter auf. Im einzelnen liegen die Dinge folgendermaßen:

Betrieb	Zahl der Arbeiter	Arbeiterjahreslöhne			Jahres-Gesamt-lohn
		männl. über 16 Jahr. M. S.	männl. unter 16 Arbeit. M.	weibl. Arbeit. M.	
Hochofenbetrieb	4 989	1169,73	350,21	408,72	5 119 426
Eisen- und Stahlgießerei	3 679	1048,45	331,37	299,21	3 560 577
Fluß- und Schweiß-eisenerzeugung, Walzwerkbetrieb	19 688	1147,19	425,30	384,33	21 220 487
Verfeinerungs-betriebe	14 737	1127,30	339,85	400,00	15 096 767
Zinkblenderösthüt.	2 791	1186,24	418,92	414,42	2 983 170
Holzjunktbarstellung	8 592	1172,87	314,97	300,90	8 679 135
Zinkblechwalzwerke	1 147	1104,60	410,91	278,92	1 209 202
Blei- und Silberhüt.	810	988,56	331,79	494,58	773 114

Diese Statistik des ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins ist nach seinen eigenen Angaben nicht vollkommen. Wenn man die Jahreslöhne der Arbeiter mit der amtlichen Statistik vergleicht, so gibt es einen großen Unterschied. Auch gibt die Statistik keinen Aufschluß über die Anzahl der geleisteten Ueberstunden. Außerdem beweist ein Blick in die Tabelle, daß die Löhne sehr aufbesserungsbedürftig sind. Rechnet man z. B. die Jahresdurchschnittslöhne der Hochofenarbeiter auf die Stunde um, so ergibt das einen Stundenlohn von 27 Pfennig, den doch wohl kein Mensch für einen ausreichenden Lohn ansetzt. Wollen die ober-schlesischen Arbeiter zu einem der Zeitverhältnisse entsprechenden Lohne kommen, dann heißt es: hinein in die Organisation! Nur dann kann Wandel geschaffen werden.

Nach dem Abschluß der Reichsversicherungsordnung trieb die Sozialdemokratie und die rote Gewerkschaftspresse ein widerlich demagogisches Spiel. Ganze Kübel von Verdächtigungen und Verleumdungen gossen sie über die christlichen Arbeitervertreter aus. Was die Genossenschaft alles zusammengelogen hat über das Verhalten der christlichen Vertreter bei der Frage der Herabsetzung der Altersgrenze zum Bezuge der Altersrente, das war direkt infam. In diesem Schmuzkreise durfte natürlich das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes nicht fehlen, in seiner Nr. vom 29. Juli 1911 war u. a. folgende Stillschöpfung enthalten:

„Welch ein Schauspiel, daß die Herabsetzung der Altersgrenze für den Empfang der Altersrente von 70 auf 65 Jahre scheitern mußte, weil die christlichen Arbeiterführer den ausgemerkelten Helfen der Arbeit, den zitternden Greisen und Greiminnen diese Wohltat verweigerten!“

Daß diese Phrasen unmaß und niederträchtig sind, ist so allgemein bekannt, daß wir kein Wort dazu zu sagen brauchen. Festgestellt und gehöhrend hervorgehoben sei aber, daß „Die Neue Zeit“, die wissenschaftliche Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie in ihrer neuesten Nummer (32/1912) auf Seite 190 in einem unbewachten Augenblick der Wahrheit die Ehre gibt, sie schreibt nämlich:

„Indessen, Herr Wermuth dachte an eine wirkliche Tilgung. Indem er nämlich die Schätzung der Einnahmen auf „sauerfüßig“ einrichtete, rechnete er damit, daß in Wirklichkeit die Einnahmen höher sein würden, als im Vorausschlag vorgegeben, es würden sich also Ueberüberschüsse ergeben, und diese wären dann faktisch zur Schuldentilgung zu verwenden. Mit Händen und Füßen sträubte er sich daher dagegen, daß der Reichstag die Ausgaben erhöhe. So verhinderte er, daß bei der Reform der staatlichen Versicherung die Altersrente für Arbeiter mit dem 65. statt dem 70. Lebensjahr ausbezahlt wird, was eine Mehrausgabe von lumbigen 9 Millionen Mark ausmachen würde. Ebenso verhinderte er eine einigermaßen wirksame Entschädigung der arbeitslos gewordenen Arbeiter der Zigarren- und Zündholzfabriken durch die Behauptung, es sei kein Geld da.“

Diese Tatsachen sind nun aber keine neuen Entdeckungen der „Neuen Zeit“, sondern waren damals schon — auch den Genossen — allgemein bekannt. Trotzdem injizierte die Sozialdemokratie die widerlich verleumderische Hege gegen die christlichen Arbeitervertreter. Warum wohl? Sehr einfach, weil sie frei nach Heinrich Müller die christlichen Führer vor den Hauch treten und die Masse — beschwindeln muß. Die Niedrigkeit des sozialdemokratischen Gedichters tritt am so offenkundiger zu Tage, weil der in Frage kommende Staatssekretär nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst zum Oberbürgermeister von Berlin erhoben wurde, welche Stadt bekanntlich von den Inall- und rotesten Verbündeten beherrscht wird.

Völkerrfrieden — Brüderkrieg, das sind genügt zwei grundverschiedene Dinge, aber in der Sozialdemokratie gehen sie trotzdem für ein Paar Stiefel. So demonstriert die rote Internationale alljährlich am 1. Mai für den Völkerr-

frieden, stehend auf allgemeiner Brüderlichkeit. Derweil können sich die Sozialdemokraten in den eigenen Reihen nicht einmal einig sein, da nimmt der Zank und Streit — häufig in den leidenschaftlichsten Formen — gar kein Ende. Zur Zeit des diesjährigen „Weltfeiertags“ war der Bruderkrieg innerhalb der Sozialdemokratie besonders heftig. Die Hauptlinge Bessel und Mehring liegen im Kampf von wegen der Schwachheit der „Genossen“ in den Parlamenten. Revisionisten leben überhaupt wie Kasse und Hund miteinander. In Württemberg stehen sie im erbittertesten, offenen Kampfe, wobei das Faustrecht sogar wieder aufsteht. Im roten Bergischen Land ist der Bruderkrieg wieder höchstlos entbrannt. Der „Stahlwarenarbeiter“, das Organ des sozialdemokratischen Zündhütchenarbeiterverbandes, wußte seinen „Genossen“ vom Metallarbeiterverband, „Wortbruch, Lügen und Verunglimpfungen“ vor und schrieb vor dem 1. Mai in einem Artikel unter der Ueberschrift: „Völkerrfrieden — Brüderkrieg“ u. a. folgendes:

„Am kommenden Mittwoch ist Maifeier. Partei und Gewerkschaften demonstrieren dann für Arbeiterschutz, Völkerrfrieden, für Freiheit und Menschenrechte. Auch in Solingen, selbstverständlich! Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! So wird auch hier der Wahlspruch des Tages lauten, daß heißt bei demjenigen Teile der Arbeiterschaft, von dem das Wort gilt: die Welt will betrogen sein. Jawohl, betrogen. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind unmöglich, so lange große Teile der Arbeiterschaft Demagogen zuzubehalten, Demagogen, denen die Interessen der Arbeiterschaft nur als Aushängeschild dienen, hinter dem sie ihre persönlichen Interessen verbergen. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! Wie die Faust aufs Auge paßt der Wahlspruch auf die Maifeier im Kreise Solingens.“

Ja, der „Stahlwarenarbeiter“ hat die Situation bezüglich der Viermillionenpartei treffend gekennzeichnet: Die Welt will betrogen sein.

In der Heuchlerrolle des Pharisaers gefällt sich die Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit. Bekanntlich gewährte unsere Ortsverwaltung Pforzheim bei der letzten Bewegung dort den dem Verbands neu Beitretenden keine Streikunterstützung, sondern statt dessen persönliche Darlehen. Der Schuldschein enthielt die Bestimmung, daß die Gelber zurückzahlen sollen, wenn der Empfänger binnen 3 Jahren aus dem Verbands austrete. Als wir nun gegen die, welche der letztgenannten Verpflichtung nicht nachkamen, gerichtlich vorgehen, da waren es die Sozialdemokraten, die die Klassenmarder verteidigten und ein sozialdemokratischer Arbeiterssekretär übernahm sogar deren Vertretung vor Gericht.

Nunmehr hat der sozialdemokratische Kürschnerverband auf seiner 4. Verbandsgeneralsammlung in Leipzig beschlossen, daß „alle bei Streiks und Ausperrungen gezahlten Unterstützungen zunächst nur als Darlehen gegeben werden. Die Empfänger haben sich zu verpflichten, den ganzen Betrag zurückzuzahlen, wenn sie vor Beendigung einer Bewegung ohne Zustimmung der Streikleitung die Arbeit aufnehmen.“ Also der sozialdemokratische Verband will nicht nur an die während einer Bewegung neu eintretenden Mitglieder die Streikunterstützung als Darlehen geben, sondern jahrelange Mitglieder bekommen die Streikunterstützung nur bedingungsweise als Vor-schuß.

Hier zeigt sich nun so recht die rote Doppelmoral in ihrer ganzen bodenlosen Erbarmlichkeit: Bis zur Stunde hat noch kein Mensch im roten Lager an diesem Vorgehen des roten Kürschnerverbandes Anstoß genommen — während das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes mit Wonne sich zur Verteidigung der Klassenmarder hergab, um nur dem christlichen Metallarbeiterverband eins auszuweisen zu können.

Einen krassen Beleg für die „Unparteilichkeit“ der Tarifinstanzen im Buchdrucker-gewerbe bringt der „Typograph“ in Nr. 18/1912; er schreibt:

„Der Gauvorsteher des sozialdemokratischen Verbandes, Engelbrecht in Leipzig, forderte von der Firma Günther u. Müller in Leipzig die Entlassung zweier Mitglieder des Gutenbergbundes, von denen das eine bereits ein Jahr die städtischen Schikanen und Belästigungen im Betriebe der Firma erduldet hatte. Der Forderung wurde Nachdruck gegeben durch die Drohung, daß im Weigerungs-falle sämtliche Verbandsmitglieder die Weiterarbeit verweigern würden. Diesem Zwange folgend kam die Firma der Forderung nach und kündigte die beiden Gutenbergbündler mit Bekanntgabe des Grundes.“

Nach Prüfung des Sachverhalts durch den Vorstand des Ortsvereins des Gutenbergbundes reichte das eine der gemäßigten Mitglieder Klage auf Anerkennung der Maßregelung beim Schiedsgericht ein. Die zur Maßregelungs-klage notwendige Unterschrift des Gehilfenvertreter wurde jedoch dem Kläger vom Gehilfenvertreter und Verbandsanwalt Vogenitz verweigert, sodas erst auf Beschwerde beim Tarifamt dieses die Verhandlung vor dem Schiedsgericht anordnete. Bei der Verhandlung vor dem Schiedsgericht wirkte nun derselbe Gauvorsteher Engelbrecht als Schiedsrichter (!) mit, der der eigentliche Urheber der Maßregelung der beiden Gutenbergbündler war und derselbe Kreisvertreter Vogenitz, der die Unterschrift zur Klage von vorn herein verweigerte. Beide natürlich Verbandsbeamte.“

Das sind ganz unbillbare Zustände und kann unter diesen Umständen doch kein Mensch mit gesundem Sinnen mehr an eine objektive Rechtsprechung glauben. Wirklich ein Schauspiel — die Angeklagten befinden sich Richter über ihre eigenen Vergehen. Rechter Hand, linker Hand, alles verkauft. Die christlich-nationalen Buchdrucker befinden sich durchaus im Recht, wenn sie mit aller Macht für die Aufhebung solcher Ausnahmebestimmungen kämpfen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Rehem. Die Arbeiter der Firma Westermann & Co. haben am Samstag den 4. Mai abends die Arbeit niedergelegt. Der Grund hierfür ist in dem Verhalten des Herrn Westermann zu suchen, der verschiedene Wünsche, welche die Arbeiterschaft ihm unterbreitet hatte, rundweg ablehnte. Obendrein wurden noch drei Arbeiter, die sich nicht das geringste haben zu Schulden kommen lassen, kurzerhand entlassen. Das Verhalten der Firma dürfte in der Öffentlichkeit wenig Verständnis finden, besonders wenn man berücksichtigt, daß Lohnforderungen bei den Wünschen der Arbeiter keine Rolle spielen, sondern in der Hauptsache nur Regelung der Lohnzahlung und Kündigungsfrist, Festlegung der Arbeitsbreite usw. angestrebt worden sind. Bei etwas gutem Willen seitens der Firma wäre eine Einigung leicht zu erzielen gewesen, aber

Ges. Nr.	Ortsverzeichnis	Bestand am 31. Dez. 1910		15% resp. 10% der Beiträge		Ergänzungsbeiträge		Sonstige Einnahmen		Gesamte Einnahmen		Für die Bezirkskasse abgeführt		Für Agitation am Ort		Für Porto und Schreibmaterial		Für Verwaltung		Streik-Unterstützung		Erwerbslosen-Unterstützung		Sonstige Unterst.ungen		Für Bücher und Plakate		Beitrag zum Gewerkschaftsartikel		Sonstige Ausgaben		Gesamtsumme		Bestand der Lokalkasse		Saldo der Hauptkasse		Ges. Nr.
		M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf	M	Pf			
157	Wülfrath	385	20	1488	88	1853	50	02	27	3584	82	1457	57	204	57	221	83	327	60									217	75	815	67	2789	09	795	28	157		
158	Wülfrath	164	46	239	78	287	65			470	61	161	07															26	90	311	18	105	39	158				
159	Wülfrath	962	80	2685	06			318	70	7054	80	2384	78	064	50	625	38	677	88	180		30					169	69	411	69	6068	69	1451	11	159			
160	Wülfrath	8	14							8	14																									160		
161	Wülfrath	26	40	10	84					30	84	5	47			2	60																		161			
162	Wülfrath	10	74	128	40	178	10			405	24	143	44	12	70	5	65	38	10	6															162			
163	Wülfrath	87	06	88	03	40	76			185	39	38	72			5	72	12	03																163			
164	Wülfrath	88	27	162	10					250	49	108				10	20																		164			
165	Wülfrath			210	48					210	48	108	08			4	88																		165			
166	Wülfrath	6	52	17	40					22	92	8	70																						166			
167	Wülfrath	1853	07	1788	67	8660	20	227	18	7534	32	2885	02	189	47	84	15	789	53	212	82	157	16											167				
168	Wülfrath	18	80	100	97	209	70			327	47	50	47			0	70																		168			
169	Wülfrath	10	20	1518	52	1438		151		8117	72	1204	40	906	13	168	81	426	65															169				
170	Wülfrath	450	24	260	20	268	05			998	49	274	09			0	76	54	20	24	20													170				
171	Wülfrath	273	85	835	08	477	35	80	50	1872	78	894	68	06	34	29	20																		171			
172	Wülfrath	1852	52	878	74	1388	80	21		4188	61	625	82	18	50	67	02	198	42																172			
173	Wülfrath	244	05	119	55	132	85	0	41	508	46	159	83	19	60	8	78																		173			
174	Wülfrath	49	58	453	31	17	40			520	27	225	68	12	10	16	37	101	14																174			
175	Wülfrath	12	71	117						18	88	59				7	0																		175			
176	Wülfrath	142	87	691	50	471	80	2	40	1808	57	851	47	41	35	60	20	60	59	25	10													176				
177	Wülfrath	265	02	682	05	613	75	336	20	2101	02	748	15	32	05	20		183	05															177				
178	Wülfrath	1182	13	1143	87	1709	35	40		4075	35	946	20	407	00	179	27	452	06																178			
179	Wülfrath	239	81	251	73					491	84	125	83			24	25																		179			
180	Wülfrath	27	16	68	90	58	30			182	35	39	43	15	85	9	40																		180			
181	Wülfrath	68	47	147	33	157	29			888		89	18			12	60	47	60																181			
182	Wülfrath	108	43	141	10	154	90			405	43	208		1	90	13	36																		182			
183	Wülfrath	208	65	1393	29	1899	75	123	20	3722	89	1432	54	185	52	137	04	634	90																183			
184	Wülfrath			13	45			3	80	17	05																								184			
185	Wülfrath	2	67	130	40	144	85	3		280	72	136	90	22	43	20	05	10	84																185			
186	Wülfrath			21	51	23	80			45	41	22	70																						186			
187	Wülfrath	374	22							374	22																									187		
188	Wülfrath	11	84	153	00	85	05	8	45	258	43	115	97	22	04	9	59	20	10																188			
189	Wülfrath			45	09	50	80			05	38	55	29			8	49																		189			
190	Wülfrath	376	17	242	10	269	75	12	09	901	01	191	85	73	15	59	45	25	88																190			
191	Wülfrath	74	55	228	56	106	85	141	07	552	05	114	78	5	45	14	75	49		37	75													191				
192	Wülfrath	5	18	19	72					23	90	9	35			6	10																		192			
193	Wülfrath	1	77	10	26	10	56			31	58	19	69			3	73	3	40																193			
194	Wülfrath	152	09	368	05					518	14	249	12	5	25	32	45	20																	194			
195	Wülfrath	9	36					19	96																											195		
196	Wülfrath	2	88	100	64			5	65	109	02	50	32			1	70																		196			
197	Wülfrath			7	90					7	90																									197		
198	Wülfrath	33	08							33	08																									198		
199	Wülfrath	25	27							25	27																									199		
200	Wülfrath	108	27	2198	15	688	60	161	45	3336	47	716	50	320	33	625	98	801	86	116	60														200			
201	Wülfrath	49	50	207	24	114	70			371	84	103	82	8	70	9	90	35	17																201			
202	Wülfrath	100		31	36	33	30			164	85	32	43	6	40	4	57	1	60																202			
203	Wülfrath	545	65	1203	51	1029	90	140	43	2919	49	1298	44	34	95	199	19	298	88	104	10	168	60											203				
204	Wülfrath	2	80	177	62	78	65	5	53	261	35	93	60	33	75	12	95	9																	204			
205	Wülfrath	4	83	60	73					65	61	30	19	6	70	6	55																		205			
206	Wülfrath	311	26	2961	19	4921	55	573	32	8767	26	3477	69	874	97	750	27	1164	94	338															206			
207	Wülfrath	9	29	91	46	71	59			172	58	56	81	6	80																				207			
208	Wülfrath	20	92	70	02	81	10			172	04	95	60			7	90																		208			
209	Wülfrath	38	08	254	05	140	50	29	30	461	94	240	95	8		11	10	140	68																209			
210	Wülfrath	99	58	299	51	324				813	76	567	13	27	06	17	54	32	97																210			
211	Wülfrath	66	83	205	64	26	70	65	97	364	04	153	41	21		20	30	20																	211			
212	Wülfrath	14	23	130	35	378	05			813	66	300	15	63	82	26	45	63	96																212			
213	Wülfrath	17	41	130	78					147	76	2																										

Herr Westermann lehnte jede weitere Verhandlung über die angeführten Wünsche einfach ab. Ein Vermittlungsversuch unter Aufsicht der Beamten (die Arbeiter gehören sämtlich unserem Verbande an) wurde ebenfalls abgewiesen.

Nachdem am Montag nachmittag der Arbeiterausschuß bei der Firma vorstellig geworden und seitens Herrn Westermann abgelehnt worden ist, wurde in der Dienstag morgen abgehaltenen Versammlung folgende Resolution einstimmig angenommen und der Firma zugestandt: „Die heute im Gesellenhaufe zu Meßheim versammelten streikenden Arbeiter der Firma Westermann u. Co. nehmen mit Bedauern davon Kenntnis, daß Herr Westermann bisher jede Verhandlung über die in der Eingabe vom 2. Mai geäußerten Wünsche der Arbeiter abgelehnt hat. Sie sehen sich deshalb veranlaßt, den ausgesetzungen Kampf weiter zu führen und bemerken, daß sie nach wie vor bereit sind, in Verhandlungen jederzeit einzutreten und stellen es der Leitung der Firma Westermann anheim, diesbezügliche Nachricht an den Arbeiterausschuß gelangen zu lassen.“

Bei dieser Bewegung zeigt sich wieder der Irrtum „Herr-im-Hause-Standpunkt“, den Herr Westermann einnehmen zu sollen glaubt, indem er der Arbeiterschaft in des Mitscheidungsrecht verweigert. Ein solches Verhalten muß herausfordern auf die Arbeiterschaft wirken, wie ja auch die Worte: „So mache ich es mit euch“, mit denen Herr Westermann die Entlassung der drei gemachregelten Arbeiter bekräftigt, nicht anders zu verstehen sind. Den ausgesetzungen Kampf führen die Arbeiter in dem Bewußtsein, daß die Sympathie der öffentlichen Meinung und der gesamten Arbeiterschaft Meßheims auf ihrer Seite ist.

Düsseldorf. Die Sperre über die Formerei der Armaturen- und Maschinenfabrik F. G. Schwiecke-Mörtenbroich ist aufgehoben. Es wurde mit der Firma folgender Vertrag abgeschlossen:

„Lohnsätze“

der Formier, Kernmacher und Gießereiarbeiter der Firma F. G. Schwiecke, G. m. b. H., Metallgießerei, Armaturen- und Maschinenfabrik, Düsseldorf-Mörtenbroich, abgeschlossen mit dem deutschen und dem christlichen Metallarbeiterverband sowie dem Gewerksverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter (S. D.).

1. Jugenbliche Metallformer, welche ihr Handwerk bei der Firma erlernt haben, erhalten nach Ablauf eines Jahres nach beendeter Lehre nicht unter 45 Pfg. pro Stunde, bis zum 20. Lebensjahre. Andere jugenbliche Metallformer unter 20 Jahren erhalten nicht unter 47 1/2 Pfg. Während der ersten 14 Tage, die als Probezeit gelten, nicht unter 45 Pfg.

2. Metallformer über 20 Jahre erhalten mindestens 52 1/2 Pfg. während ältere selbständige und bewährte Metallformer nicht unter 60 Pfg. erhalten. Die Firma entscheidet darüber, wer in die letztere Gruppe hineingehört.

3. Es soll prinzipiell Akkordarbeit geleistet werden, wobei die Sätze so gestellt sein sollen, daß es möglich ist, 20% über den Lohnsatz zu verdienen. Der vereinbarte Stundenlohn wird bei Akkordarbeit von der Firma garantiert. Mit Formern, welche bei solcher Art festgelegten Akkordsätzen ihren Tagelohn nicht erreichen, können Lohnsätze vereinbart werden, welche von den oben festgelegten abweichen.

4. Die Maschinenformer sollen mindestens 45 Pfg. verdienen, jedoch sollen auch hier, falls in Akkord gearbeitet wird, die Preise so gestellt sein, daß es möglich ist, 20% über den Lohn zu verdienen.

5. Der Mindestlohn für Kernmacher beträgt 45 Pfg. und für Schmelzer 55 Pfg. Nach einem Jahre erhalten die Schmelzer 55 Pfg. pro Stunde.

6. Erwachsene Hilfsarbeiter sollen nicht unter 40 Pfg., und nach einem Jahr nicht unter 42 Pfg. pro Stunde verdienen.

7. Bei den Stundenlöhnen ist zu berücksichtigen, daß die Firma wie bisher, pünktlichen Arbeitern für die 9 1/2 stündige Arbeitszeit volle 10 Stunden vergütet. (Siehe Arbeitsordnung.)

8. Die Arbeiterschaft ist damit einverstanden, daß der deutsche und der christliche Metallarbeiterverband, sowie der Gewerksverein der Maschinenbauer bis zum 1. Mai 1914 weitergehende Lohnverhandlungen wie oben angeführt, nicht unterstützen, während sich die Firma verpflichtet, bis zum genannten Zeitpunkt keine Lohnherabsetzungen stattdessen zu lassen.

Düsseldorf, den 11. Mai 1912.“

Ausperrung in der süddeutschen Metallindustrie.

Die Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit in einigen Betrieben der Metallindustrie in Frankfurt a. M. zieht weitere Kreise. Der Streik wurde von den Unternehmern mit einer Ausperrung von 60 Proz. der Frankfurter und Offenbacher Metallarbeiterschaft beantwortet. Die Arbeiter fordern eine wöchentliche Arbeitszeit von 55 Stunden, vom 1. Januar ab von 54 Stunden, während die Arbeitgeber höchstens 56 Stunden zugestehen wollen. Die Verhandlungen sind abgebrochen, da keine Partei zu weiterem Entgegenkommen geneigt war.

Nunmehr hat die süddeutsche Gruppe der Metallindustriellen in einer in München abgehaltenen Konferenz beschlossen, die Ausperrung ab 1. Juni auf sämtliche Betriebe der Metallindustrie Süddeutschlands auszudehnen, wenn bis dahin eine Einigung nicht erzielt werde. Der Kampf wird sich alsdann auch auf Baden, Württemberg und Bayern ausdehnen; auf insgesamt weit über 80 000 Metallarbeiter! Wie uns nach Redaktions-schluß weiter berichtet wird, ist die Ankündigung der Ausperrung auf größeren süddeutschen Werken bereits erfolgt und werden die Unternehmer sicherlich auch vor einer Gesamtausperrung nicht zurückschrecken. Die organisierten Kollegen können den kommenden Dingen mit Ruhe entgegensehen. Anders ist es mit den Tausenden indifferenter Schläfer, die bisher den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation nicht gefunden haben. Ihnen werden jetzt die Augen geöffnet. An unseren Kollegen liegt es, in dieser Situation die Fernstehenden von der Notwendigkeit und dem Werte solidarischer gewerkschaftlicher Arbeit zu überzeugen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Gebelsberg. Bei der Firma W. Schmidt, Schloßfabrik und Tempereiwerk stehen die Arbeiter im Streik.

Düsseldorf-Gerechheim. In der Drahtfabrik Treber u. Sohn stehen die Arbeiter im Streik.

Siegen. Die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion und Verzinkerel in Gelsweid ist für Metallarbeiter gesperrt.

Krankfurt a. M. In den hiesigen Abblewern, ferner bei den Firmen Mayhuth u. Co., Fries u. Sohn, Pfortorny und Wittelind stehen die Arbeiter in Streik. 60% der Arbeiter in den Metallbetrieben sind ausgesperrt. Zugzug ist fernzuhalten.

Trier. Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner der Installationsbranche gesperrt. Zureisende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hohenstraße 12 zu melden.

Hagen. Die Arbeiter der Firma Kraemer u. Freund (Fehbrücker, Schleifer usw.) stehen wegen Ablehnung ihrer Forderungen in Streik.

Machen. Die hiesigen Former und Gießereiarbeiter stehen im Streik.

Düsseldorf-Grevenbroich. Ueber die Dreherei der Maschinenfabrik Klingelhöffer ist die Betriebsperre verhängt.

Hannover. In der Metallindustrie von Hannover und Umgebung ist eine Bewegung zwecks Verkürzung der Arbeitszeit entgeleitet. Zureisende Kollegen haben sich deshalb vor Annahme von Arbeit im Büro, Kanonenwall 16, zu melden.

Verdohl. Ueber die Firma J. W. Dunkel ist wegen Maßregelung die Sperre verhängt. Die Schleifer stehen im Streik.

Düsseldorf. Ueber die Maschinenfabrik Malmé die ist die Sperre verhängt.

Velbert. Die Former der Firma Tillmanns, und Kellner haben die Kündigung eingereicht.

Düsseldorf-Rath. Bei der Firma Poensgen sind Differenzen ausgebrochen. Ueber das Werk ist die Sperre verhängt.

Wettum. Wegen Differenzen in der Zementindustrie ist der Zugzug von Schloßern, Drehern, Schmieden und sonstigen Metallarbeitern fernzuhalten.

Reheim. Die Arbeiter der Metall- und Lederwarenfabrik W. Westermann u. Co. stehen im Streik. Zugzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 19. Mai der einundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. bis 25. Mai 1912 fällig.

Die Ortsverwaltung Klein-Steinheim erhält ab 20. Beitragswoche l. J. die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 20 Pfg. statt bisher 10 Pfg. Die Nichtbezahlung dieses Beitrags hat den Verlust statutarischer Rechte zu Folge.

Der Bürogehilfe Franz Schnurpfeil, Buch-Nr. 144 080, ist aus dem Dienste des Verbandes entlassen und wegen unberechtigter Verdächtigungen anderer Kollegen aus dem Verbandsausgange ausgeschlossen. Sollte derselbe in einer Ortsgruppe vorpräsen, so ist das Mitgliedsbuch festzuhalten und an die Hauptgeschäftsstelle einzusenden.

Aus dem Verbandsgebiet.

Lübeck. Am 16. April hielt unsere Zahlstelle mit den Holzarbeitern eine gemeinsame Versammlung ab. Dieselbe war gut besucht und nahm einen schönen Verlauf. Nach der Eröffnung erstattete unser Vorsitzender Bericht über die Bezirkskonferenzen in Hamburg, welcher mit Befriedigung zur Kenntnis genommen wurde. Kollege Wasse referierte dann über die Arbeiten in der Gewerkschaft. Die christliche Organisation erfordert, daß jedes Mitglied auf seinem Posten steht und andauernd gewerkschaftliche Arbeit verrichtet, besonders hier in Lübeck. Referent teilte sein Referat in zwei Teile und schilberte 1. die Arbeiten und Pflichten des Vorstandes, und 2. die der Mitglieder. An der darauf folgenden Debatte beteiligten sich die Mitglieder zahlreich. In seinem Schlußwort forderte der Referent nochmals zu reger Agitation und andauerndem gutem Besuche der Versammlungen auf und stellte weitere Vorträge in Aussicht.

Kollegen! Folgen wir den Anregungen des Kollegen Wasse, treten wir ein für die christlich-nationale Arbeiterbewegung!

Düsseldorf. (Niedertracht und Terrorismus!) Vor kurzem hat ein Bevollmächtigter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in rechter Demagogie seinen Zuhörern von der „Patrone“ kargelegt, wie die „paar“ christlich organisierten Arbeiter der Rhein, Metall- und Maschinenfabrik in Derendorf aus dem Betriebe zu entfernen seien. Was derartige Ausführungen bei den Gewerkschaftssozialisten bezwecken, ist jedem Kenner der „freien“ Gewerkschaftsbewegung und ihrer terroristischen Handlungen vornehmlich. Durchgeführt wird diese Anleihtung zur Hinausverdrängung der Christlichen zurzeit im Kanonendon dieser Fabrik. 65-70 der hier Beschäftigten gehören dem von Freiheit trübenden roten Metallarbeiterverbande an. Die wenigen christlich organisierten Arbeiter sollen durchaus verschwinden, damit die Ruhe „rein“ wird. Da das Schimpfgeschrei, der sozialistische „Bildungs“Ladeg nicht reicht, wird mit Dutzendgeschossen, bestehend aus Eisenpännen, Glühbirnen, Redbecken ohne Stiel zc. nachgeholfen. Selbst die kurzen Pausen werden zur Hinführung und Schikaniererei verwendet. Ein christlicher Arbeiter wechselte nun seinen Platz, um in Ruhe sein Brot zu verzehren zu können. Lange soll ihm diese Stelle, ein Schrank im Maschinenraum auch nicht mehr erhalten bleiben. Gatten doch finstige Köpfe einen gefüllten Wassereimer so gestellt, daß ein Zug an einer Schaar genögte, ihn dem Arbeiter auf den Kopf zu fällen. Alles scheint jedoch nicht zu helfen, um die Drohlosmachung zu erreichen. Trotzdem möchte man dem Bevollmächtigten gern einen „Erfolg“ melden können. So war es möglich, daß die Sachen des christlichen Arbeiters gestohlen wurden, trotzdem Beweisschicht vorhanden ist. Als Wasser eines „Christen“ braucht man ja nichts zu sehen, wenn man nichts sehen will. Was liegt auch an dem Verschwinden von einem Paar neuen Schuhen, einer blauen Arbeitsjacke und eines Geldburses, wenn sie einem christlichen Arbeiter entwendet werden.

Wer liefert den Scharfmachern Material zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung? Diejenige Organisation, die, wie der rote Metallarbeiterverband, durch Beamte zum Terrorismus Andersdenkender auffordert. Daß der christliche Metallarbeiterverband demgegenüber die Interessen seiner Mitglieder schützen wird und muß, dürfte wohl überall als selbstverständlich anzusehen sein.

Bonn. Am Ufer der blauen Donau und inmitten herrlicher Berge gelegen, heimelt unsere alte Stadt jeden Freund von Naturschönheiten an. Der anmutigen Lage entsprechen jedoch in keiner Weise die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Wiederholt bemühte sich unser Verband in dieser Hinsicht Remedur zu schaffen. Für die Kollegen im Schmiedewerbe gelang es im Jahre 1908 die Arbeitszeit um 1 1/2 Stunde zu kürzen. Die Kollegen, die damals erst kurze Zeit dem Verbands angehört, glaubten in ihrer Mehrheit nach diesem Erfolge der Organisation wieder den Rücken kehren und in altgewohnter Weise weitervegetieren zu können. Aus diesem Grunde war auch einem erneuten Vorstoß unseres Verbandes in den Jahren 1910 und 1911 kein Erfolg beschieden.

Die Zustände im hiesigen Schloffer- und Spenglergewerbe sind nicht besser. Durch die Worte „überlange Arbeitszeit und schlechte Löhne“ sind sie kurz und treffend gezeichnet. In den Branchenversammlungen, die wir zunächst für das Schloffergewerbe arrangierten, schien es, als wenn die Kollegen überhaupt an einer Besserung ihrer Verhältnisse kein Interesse hätten, denn der Besuch ließ sehr viel zu wünschen übrig. Für die Maschinenindustrie kommt hier nur die Firma Jakob Wetz in Betracht. Ein ansehnlicher Teil dieser Arbeiter war wenigstens einseitig genug, sich zwecks Besserung ihrer Lage unserem Verbands anzuschließen. Die Firma sucht dieses berechtigete Streben dadurch zu durchkreuzen, daß sie durch Schaffung von monatlich bezahlten Stellen die Arbeiter an sich zu fetten sucht. Immerhin ist aber hier die Entlohnung eines großen Teiles der Arbeiter äußerst schlecht und in keiner Weise den geforderten Leistungen angemessen. Man sucht die Arbeiter durch sogenannte Wohlfahrtsleistungen zu befriedigen, man gibt sich gern als „sozial und gerecht denkende“ Firma aus; aber dennoch muß man für den Samstag-5-Uhr-Schluß die Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen um 10 Minuten verlängern. So können sog. Wohlfahrtsfirmen einer nicht organisierten Arbeiterschaft „entgegenkommen“. Solche verknöcherten Verhältnisse können nicht mehr aufrecht erhalten werden, wenn die Arbeiterschaft die Notwendigkeit einer strengen Organisation einsehe und danach handelte. Man könnte ihr dann nicht mehr Verschlechterungen für Verbesserungen aufzwingen.

Ein neuerdings von organisationswegen unternommener Versuch zur Regelung der Verhältnisse zeitigte als Ergebnis wieder die alte Erfahrung. Wohl wissen die Arbeiter am Dierische zu schimpfen und sich über ihre Lage zu beklagen, aber es dort zu tun, wo es am Platze wäre, das getrauen sie sich nicht. Die Organisation hat nun nichts unterlassen, die Kollegen zur Einigkeit und zur Solidarität zu erziehen. Es ist deshalb zu hoffen, daß in Zukunft endlich einmal Remedur geschaffen werden kann. Die Kollegen von Passau haben es nun selbst in der Hand, ihre Lage zu verbessern. Mögen sie nur alle der Wahrheit eingestehen: Vereinter Kraft gar bald gelingt, was einer nicht zustande bringt!

Strahlburg. (Niederbayern.) Nach langer Pause hatte das hiesige Ortsamt am 28. April die Kollegen zu einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung eingeladen. Trotz des herrlichen Wetters hatten sich die Freunde unserer Gewerkschaftsbewegung in großer Zahl eingefunden. Bezirksleiter Kollege Wagner-München hatte das Referat, „die grundsätzliche Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den letzten wirtschaftlichen Kämpfen“ übernommen. Der Redner schilberte einleitend kurz die Geschichte unserer deutschen Arbeiterbewegung und wies darauf hin, daß wohl noch kein Jahr verfloßen sei, in welchem nicht schwere wirtschaftliche Kämpfe zum Wohle und zum Vorteile der Arbeiterschaft geführt werden mußten. Bei zunehmender Arbeitslosigkeit und aufsteigender Konjunktur rege es sich naturgemäß in den Kreisen der Arbeiterschaft und überall machte sich das Bestreben geltend, die Arbeitskraft zu einem höheren Lohne an den Mann zu bringen. Dieses Bestreben der Arbeiterschaft sei voll und ganz berechtigt, wenn man auch über die im einzelnen Falle einzuschlagenden Wege zu dem erstrebten Ziele verschiedener Meinung sein könne. Bei dem Kampfe darf sich der Arbeiter nicht von einem kurz-sichtigen und einseitigen Standpunkt leiten lassen; er hat ein großes Interesse am Blühen seines Gewerbes, seiner Industrie, denn auf der Blüte seines Gewerbes fußt er mit seiner Existenz selbst; dieser Gedanke muß ihm Richtschnur beim Kampfe sein. Der Standpunkt der Sozialdemokratie gegenüber dem Arbeitgebertum bedingt schon in sich eine andere Stellung im wirtschaftlichen Kampfe wie der unsere. Für uns und jeden vernünftigen Menschen heißt es, der Kampf um den Anteil am Ertrage hat keinen Zweck, wenn nicht zuerst der Ertrag selbst gesichert wird. Die Sozialdemokratie hingegen will den Klassenkampf unter allen Umständen. Gewerkschaftssozialisten kümmern sie nicht; sie teilt die Menschen einfach in „Ausbeuter“ und „Ausgebeutete“. Ihr Streben geht dahin, die kapitalistische Gesellschaft abzuschaffen, um damit angeblich alle Produktionsmittel in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Aus dieser Grundanschauung heraus ist auch erklärlich, daß die Sozialdemokratie bei Kämpfen im Wirtschaftsleben darauf bedacht ist, ihre politischen Geschäfte zu besorgen.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist im Laufe der Jahre ein Machtwort geworden, welcher sich mit aller Kraft diesen letzten Endes arbeiterschädigenden Bestrebungen entgegenstellt. Redner zeigte das an Hand der Vorkommnisse beim jüngsten Bergarbeiterkampf, auf dessen Ursachen und Verlauf er ausführlich einging. Die Haltung des Gewerkschaftssozialisten Bergarbeiter bei diesem Kampfe, so schloß er, war eine durchaus korrekte und im Interesse der Arbeiter gebotene. Mit Hochachtung blickten die christlich-national gesinnten Arbeiter auf die Bergknappen, die durch Energie und Mannesmut, trotz des gefährlichen sozialdemokratischen Terrors unsere deutsche Arbeiterschaft und das Ansehen der Arbeiterbewegung vor gewaltigen Schanden bewahrt haben. Der reiche Beifall bewies das Einverständnis der Versammlung mit diesen Ausführungen. In der Diskussion glaubten die anwesenden Genossen, die bekannten roten Verleumdungen des Streikrochs wieder erheben zu müssen; sie mußten sich jedoch an der Hand von Tatsachen beweisen lassen, daß „wer im Glashause sitzt, nicht auf andere mit Steinen werfen soll.“ Der anwesende hochw. Herr Präses des katholischen Arbeitervereins erwähnte die Anwesenden, das Gehörte in die Tat umzusetzen und sich neben den konfessionellen Organisationen auch wirtschaftlich zu organisieren. Im Schlußwort appelliert der Referent an die Unorganisierten, sich der Organisation anzuschließen und lästete dann noch den Herren Genossen gehörig die Maske. Kollege Schäl schloß darauf die gutverlaufene Versammlung die hoffentlich reichen Erfolg für unsere Sache bringen wird.

Hannover. (Von der Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit.) Bekanntlich stehen die Metallarbeiter in Hannover-Linden in einer Bewegung zur Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Gefordert wird der 9-Stundentag, sowie eine Erhöhung der Stundenlöhne der Lohnarbeiter um 5 Pfg. evtl. Lohnausgleich. Für die Arbeiter ist nichts gefordert worden. Ein Vertriebs- und Werkstoffwerk „Bremensfabrik“ hat durch Verhandlungen sich zur Einführung der 8 1/2-stündigen Arbeitszeit pro Woche bereit erklärt. Bei der Firma Max Müller in Hannover-Dainhof wurde die Forderung eingereicht; nach Ablehnung derselben stellte die Arbeiterchaft die Arbeit ein. In den dann stattgefundenen Verhandlungen erklärte sich die Firma bereit, eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 56 Std. vorzunehmen und einen Lohnzuschlag von 3 Pfg. pro Stunde für die Lohnarbeiter zu bewilligen. Damit erklärten sich die Arbeiter einverstanden und die Arbeit wurde wieder aufgenommen. Es wurden dann noch bei folgenden Firmen die Forderungen eingereicht: Zentralheizungs- u. G. G.; Gelfschrankfabrik Rode; Lindener Eisen- und Stahlwerke und W. Dietrich, Brückendamm und Eisenkonstruktionswerkstatt. Da aber nur die 57-tägige wöchentliche Arbeitszeit gekürzt wurde, nebst einem entsprechenden Lohnausgleich, die Verkürzung um 2 Std. auch auf den Sonnabend entfallen sollte, so wurde die Arbeit in vorgenannten Betrieben eingestellt.

Die Firma Ködrling erklärte am 18. April eine Bekanntmachung, daß sie gewillt sei, die 57-tägige Arbeitszeit einzuführen. Ausdrücklich bemerkt wurde in dem Aufschlag, daß die Firma damit einem Wunsche des auf dem Werk gebildeten gelben Werkvereins entspreche und sollte Sonnabends bis nachmittags 1/2 Uhr durchgearbeitet werden, um den freien Sonnabendnachmittag herbeizuführen. Die Arbeiter des Betriebes bekamen aber auf einer täglichen Verkürzung der Arbeitszeit, infolgedessen auch bei der obengenannten Firma am 9. Mai die Arbeit eingestellt worden ist.

Nunmehr hat der „Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover und der angrenzenden Gebiete“ am 10. Mai eine Bekanntmachung in der Tagespresse erlassen, die besagt, daß die Metallindustriellen bereit sind, die 57-tägige Arbeitszeit unter entsprechendem Lohnausgleich zu bewilligen. Es heißt dann weiter:

„Die Einführung des geforderten neunstündigen Arbeitstages, die Erhöhung der Stundenlohne der Stundenlohnarbeiter um 5 Pfennig und mehr für die Stunde und die durch den unermittelten Ausfall von 5 und mehr Stunden entstehende Minderleistung der Arbeiter und Arbeitsmaschinen würde eine Belastung der Metallindustrie bedeuten, die für alle Beteiligten von den nachteiligsten Folgen begleitet sein müßte.“

Die hannoversche Metallindustrie hat aber bei einer so wichtigen wirtschaftlichen Frage, wie es die der Arbeitszeitverkürzung ist, nicht nur auf ihre eigenen Verhältnisse und Interessen Rücksicht zu nehmen, sondern auch auf diejenigen der mit ihr verbundenen nachbarlichen Bezirke. Darans ergibt sich, daß die hannoversche Metallindustrie sich in ihren Zugeständnissen eine Grenze ziehen mußte, um die Interessen der Allgemeinheit zu wahren, und daß sie ihre bestrittenen Berufsgenossen nicht im Stich lassen kann.

In dieser Beziehung steht hinter den bestrittenen Firmen zunächst der Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover, der wiederum fast unermessliche Ansprüche auf die Dissidation der Verbandsgruppe Hannover-Halle-Magdeburg und den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hat. Eine am 3. d. M. in Hannover abgehaltene Versammlung der genannten Gruppe hat die von den hannoverschen Metallindustriellen beschlossenen Zugeständnisse als ausreichend erklärt, weitergehende Forderungen der Arbeiter als unangemessen bezeichnet und dem hannoverschen Verein der Metallindustriellen die sätzungsmäßige Hilfe der Verbandsgruppe bereits für den Fall zugesagt, daß die hiesige Metallindustrie ernsthafte Maßnahmen zugunsten der bestrittenen Firmen beschließen müßte. Im Verfolg dieser von der Gruppenversammlung abgegebenen Erklärung wird sich auch der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller alsbald mit der Angelegenheit des hannoverschen Vereins befassen.

Bei dieser Sachlage werden die hannoverschen Metallarbeiter vor die Frage gestellt, ob es für sie und ihre Angehörigen wirtschaftlicher ist, ein namhaftes Zugeständnis friedlich anzunehmen, oder sich in einen folgenschweren Kampf einzulassen, bei dem sie jenes Zugeständnis wieder ans Spiel sehen müßten.

Nach weiteren Mitteilungen der Tagespresse sollen die Metallindustriellen beschlossen haben, am 27. Mai 60 Prozent der Metallarbeiter auszuheben, wenn bis dahin die zurzeit noch streikenden Arbeiter der hannoverschen Firmen die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben.

Demnach ist die Situation sehr ernst und unsere Kollegen sind verpflichtet, mit aller Energie dafür zu sorgen, daß auch der letzte christlich und national denkende Metallarbeiter unserem christlichen Metallarbeiterverband zugeführt wird. Darüber ist sich die überwiegende Mehrzahl der Metallarbeiter einig, daß es nicht zum Kampf gekommen wäre, wenn die Erklärung der Metallindustriellen erfolgte, bevor in einigen Betrieben die Arbeit eingestellt war. Daher heißt es nunmehr für die Kollegen im Bezirk Hannover, kräftig in die Agitation einzutreten und dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen, denn es muß gesagt werden, daß wir in Zukunft uns auf solche gemeinschaftliche Bewegungen nur dann einlassen können, wenn die Forderungen gemeinschaftlich beraten und festgelegt worden sind. Auch diesmal wieder hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband einseitig die Bewegung inagiert und unsere Organisation und die S. D. vor fertige Tatsachen gestellt. Ein solches Vorgehen muß sich der sozialdemokratische Metallarbeiterverband abgewöhnen, wenn nicht, so muß er auch allein auslöffen, was er sich eintrudt.

Literarisches.

Die deutsche Sozialdemokratie. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Aus Deutschlands Wirtschaftsentwicklung. Staatsbürger-Vorträge. 2. Heft. 80 (182) S. Gladbach 1912, Volkswirtschaftsverlag G. m. b. H. 1,20 M., portfrei 1,30 M.)

Dem ersten Heft der Staatsbürger-Vorträge, die in den interessierten Kreisen eine über Erwarten gute Aufnahme gefunden, ist nunmehr nach kurzer Pause bereits ein zweites gefolgt. Die sich in drei Teile gliedernden Vortragsammlungen behandeln zunächst in elf selbständigen, aber dennoch folgerichtig aneinander anschließenden Abhandlungen das Wesen und Werden der Sozialdemokratie. Ihre Grundzüge und deren Wandel, ihre

Stellung zum Staate, ihre Organisation, Agitation, und Taktik sowie die Mittel zur Abwehr und die Ziele, wie sie im christlichen Lager durch Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen durch soziale Verteidigung und apologetische Belehrung erstrebt werden.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung für die Gesamtheit, um so dann die Arbeiterbewegung, als Kulturproblem gefaßt, in ihren Neuercheinungen im Gewerkschaftsleben zu beleuchten und das Interesse und den Wert der Anteilnahme an dieser Bewegung seitens der Gebildeten klarzulegen.

Der dritte, sich mit den Wandlungen im Wirtschaftsleben befaßende Teil des Heftes schildert in einem einleitenden Vortrage zunächst das deutsche Wirtschaftsleben in der Vergangenheit, geht dann in besonderer Abhandlung des Bauernstandes und zeigt das Werden in der Gegenwart durch einen Gang durch das Wirtschaftsleben des verflochtenen Jahrhunderts. Nachdem der Handels- und Zollpolitik des Reiches als bedeutsamer Faktoren gedacht, wird in zwei weiteren Vorträgen die innere Struktur des deutschen Wirtschaftslebens und der Aufbau unserer heutigen Verbesserung in klarer, klaren Rissen zur Veranschaulichung gebracht. So darf auch dieses zweite Heft als seinem Vorgänger durchaus ebenbürtig, ihm teilweise sogar durch die Bearbeitung seltener behandelte Stoffe überlegen, allseits auf beste Aufnahme rechnen.

Wie lerne ich skizzieren? 33 Tafeln mit 264 Abbildungen und ausführlichem Text für alle technischen Berufe zum Selbstunterricht von Ad. Bieth, Professor, Regierungsbaumeister a. D. und Oberlehrer am Technikum der freien Hansestadt Bremen. Selbstverlag des Verfassers Bremen, Neustadtscenestrasse 112. Preis 3 M., unter Nachnahme 3,30 Mark, für Ausland 3,50 Mark.

Skizzieren muß heutzutage schon jeder in technischen Berufen tätige Arbeiter können. Nach Skizzen wird gearbeitet, durch Skizzen werden Erklärungen und Verbesserungen gegeben. Das Werkchen beginnt mit den einfachsten Strichübungen und endet mit der ausführlichen Skizze einer zusammengefügten Eisenkonstruktion. Es führt den Schüler so vom Einfachsten allmählich bis zum Schwierigsten. Voraussetzungen irgend welcher Art werden nicht gemacht. Die beigegebenen Erläuterungen sind so ausführlich, aber durchaus nicht trocken und langweilig, sondern mit so vielen mathematischen Hinweisen und Begründungen und allgemein interessierenden technischen Betrachtungen versehen, daß der Schüler das Skizzieren ohne Ermüdung mit Lust und Liebe betreibt. Text und Abbildungen sind klar und übersichtlich.

Skizzieren, Anleitung zum Skizzieren von Maschinen und Maschinenteilen für den Unterricht an technischen Fachschulen und zum Selbstunterricht, mit 81 Abbildungen, 3. Tausend von Professor Bieth, Bremen 4, N. C. 112. Preis kart. 0,85 M., geb. 1,30 M., Nachnahme 1,10 bezw. 1,55 M.

Durch die günstige Aufnahme in technischen Kreisen hat sich der Verfasser veranlaßt gesehen, bereits das dritte Tausend dieses für alle in der Technik Beschäftigten, vom Arbeiter bis zum Ingenieur, wichtige Werkchen herauszugeben.

Die Reichsversicherungsordnung. Von Arbeitersekretär Heinrich Königbauer, Landtagsabgeordneter. 84 Seiten. Preis 40 Pfennige. München 1911. Buchhandlung des Verbandes jüdd. katholischer Arbeitervereine.

Diese Arbeit veranschaulicht in leichtfaßlicher Weise die Notwendigkeit und die große volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Arbeiterversicherung. Ein umfangreiches Zahlenmaterial und die Wiedergabe von wichtigen Belegstücken aus den Texten des Reichstages erweisen die arbeiterschädigende Haltung der Sozialdemokratie bei dem Kampf um die Reichsversicherungsordnung. Bei Darstellung der Mängel des bisherigen Rechtes kommt dem Verfasser seine langjährige Praxis als Arbeitersekretär sehr zu Statten. Das Büchlein, dem ein ausführliches Register beigegeben ist, bietet nicht nur reichlich Material zur Abwehr der gegnerischen Angriffe, sondern es hat bleibenden Wert als Wegweiser im neuen Versicherungsrecht für die Arbeiter in Industrie, Gewerbe und für die Angehörigen der Landwirtschaft, da aus dem Wirtwart von nahezu 1800 Paragraphen mit Sachkenntnis das herausgeholt wurde, was bezüglich der einzelnen Versicherungsarten, des Verfahrens und des Einführungsgeleges der Versicherte wissen muß.

Die Preisentwicklung seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts. Von Dr. A. Rezbach, Freiburg i. Brsg. (Sonderabdruck aus „Soziale Revue“ 1912, 1. Heft. Verlag München, Pestalozzistraße 4.) Preis 60 Pfg. München 1912. Buchhandlung des Verbandes jüdd. katholischer Arbeitervereine.

Nach den Reichstagswahlen wird die Deuerungsfrage zwar nicht mehr in der politischen Tagespresse die gleiche Rolle wie bisher spielen; um so weniger wird sie aber aus der öffentlichen ersten Diskussion auscheiden dürfen, da die Preise wichtiger Lebensmittel i. J. 1912 kaum sinken werden. Die vorliegende Abhandlung ist offensichtlich bestrbt, die schwierige Materie mit ebenso ruhiger Sachlichkeit wie seltener Klarheit darzulegen, so daß sie ein Führer zum Verständnis des ganzen Problems genannt werden kann und für jedermann, der sich sozial und politisch betätigt von größter Bedeutung ist.

Gelbeingänge bei der Hauptkasse

Monat April

- Neuwied 40.—, Reiffe 46.24, Stuttgart 400.—, Neuwied 60.—, Bremerhaven 133.29, Papenburg 127.47, Amera 159.61, Lübeck 29.19, Unterlößem 82.23, Krumbach 9.40, Solingen 1200.—, Birstadt 145.66, Wannheim 1200.—, Hachen 1500.—, Düsseldorf 2500.—, Duisburg 1000.—, Glauchau 17.98, Zweibrücken 50.—, Dittlage 400.—, Winkler 149.53, Tüttlingen 242.91, Mühlting 220.20, Markt-Redwitz 199.95, Nürnberg 272.72, Hirschel 20.20, Haltern 174.22, Klein-Steinheim 93.73, Teublitz 27.58, Billingen 57.55, Hünningen 25.50, Ramjen 34.85, Stolberg 1100.—, Roth 116.83, Freising 91.70, Frankfurtal 300.—, Duisburg 2459.65, Danzig 1647.94, Baffau 93.13, Saarbrücken 1000.—, Goben 370.48, Erfurt 39.42, Hagen 1400.—, Reustadt a. S. 93.96, Stuttgart 278.31, Magdeburg 461.40, Eifenach 105.80, Thale a. S. 94.18, Karlsruhe 5.60, Pippstadt 1137.13, Schramberg 144.98, Hannover 800.—, Laurahütte 72, Neheim 1500.—, Zweibrücken 50.—, Ulm 124.22, Radolfzell 266.85, Zingelshdt 758.94, Hamburg 327.54, Helmstedt 18.05

- Nürnberg 600.—, Mainz 60.84, Regensburg 161.87, Oggersheim 139.45, Falfau 238.70, Grelaberg 1084.12, Gellentirchen 912.13, Halle 69.10, Oer 146.53, Quakenbrück 105.85, Mülhausen i. E. 386.93, Hedderheim 151.80, Seidelberg 179.46, Weilheim 122.76, Darmstadt 3.08, Göttingen 165.15, Reichenstein 29.61, Königshulb 19.42, Landsberg 35.34, Hammerau 26.92, Essen 4632.15, Mendon 2500.—, Krefeld 300.—, Cusfischen 28.73, Stettin 216.22, Gaggenu 70.—, Delbe 812.25, Nieder-Eslohe 85.50, Rassel 89.94, Mülheim-Oberhausen 500.—, Bochum 1724.87, Bonn 150.—, Sonthofen 83.37, Kaiserlautern 197.54, Berlin 500.—, Kiel 238.42, Amberg 1202.10, Lampertheim 51.62, Döllmen 474.69, Dortmund 3495.97, Aachen 2178.04, Lindau 85.50, Schuffenried 198.89, Niederreifenberg 260.64, Bodholt 251.17, Eilendorf 495.09, Böhrenbach 42.60, Waunen 73.89, Chemnitz 104.04, Hellbronn 200.—, Ravensburg 470.73, Bielefeld 1500.—, Mülhausen i. Th. 9.63, Duderstadt 30.87, Elbing 13.55, Wilhelmshafen 222.99, Hamm 3493.26, Stromberg 59.23, Olsberg 638.86, Düsseldorf 2274.36, Darnen 900.—, Jüngerdorf 197.50, Osnabrück 1596.20, Stranenburg 13.46, Hötensleben 66.88, Norden 17.53, Coesfeld 13.46, Landau 100.06, Markkirch 4.35, Karlsruhe 356.57, Augsburg 418.90, Leipzig 12.80.

Sterbetafel.

Essen. Am 3. Mai starb unser Kollege Josef Jung im Alter von 48 Jahren an Herzschlag — und am 6. Mai unser Kollege Albert Thiene im Alter von 51 Jahren infolge eines Magenleidens.

Köln. Am 2. Mai starb unser Kollege Heinrich Heintz im Alter von 60 Jahren an den Folgen einer Erkältung.

Enzlbach. Am 25. April starb unser Kollege Adam Schöberl im Alter von 53 Jahren infolge eines Unfalles.

Dortmund-Werne. Am 2. Mai starb unser Kollege Heinrich Sebade, Schlosser, im Alter von 18 Jahren an den Folgen eines Betriebsunfalles.

Ghre ihrem Andenken!

Berichtungsstamder.

- Kollegen und Kolleginnen!
Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
- Samstag, den 18. Mai.**
- Augsburg. Abends 8 Uhr in der „Schützenhalle“. Bericht von der Bezirkskonferenz. Neuwahl eines 2. Vorf.
 - Berlin. Abends 8.30 Uhr in Schulz-Pfistalle, am Rönigsgraben 14a. Völkertede. Abends punkt 8.30 Uhr bei Gennemann. Wichtige Tagesordnung.
 - Coblenz. Abends 8.30 Uhr bei Steln.
 - Düsseldorf-Bilk-Friedrichshdt. Abends 9 Uhr bei Mengwasser, (Paar), Altcralle, Ecke Kronenstr.
 - Düsseldorf-Benrath. Abends 9 Uhr bei Wegener, Mittelstr.
 - Eisenach. Abends 8.30 Uhr im „Weinmarkischen Hof“.
 - Essen-Steele-Krah. Abends 8.30 Uhr in Steele bei Seebon.
 - Freiburg i. Br. Abends 8.30 Uhr im Gantenbräu, Schillerstr. 7.
 - Gaggen-Elbe-Deffern. Abends punkt 8.30 Uhr bei Bwe. Köll.
 - Wichtige Tagesordnung.
 - Köln-Kalk. Abends 9 Uhr bei Hüntgesberg, Bruckerstraße 14.
 - Köln-Deuk. Abends 9 Uhr „Zur Krone“, Freiheitstraße.
 - Milte. Abends 8.30 Uhr bei Ed. Rosenbahl, Wörberstr.
 - Mittel-Barren. Abends 9 Uhr bei Rundermann, Oberbürgerstr. 60.
 - Stuttgart-Cannstatt. Abends 8.30 Uhr im ev. Arbeitervereinslokal.
- Sonntag, den 19. Mai.**
- Besdorf-Kirchen. Nachm. 3 Uhr bei Bertmann-Dehndorf, außerordentl. Versammlung. Alle erscheinen.
 - Dortmund-Witten. Vorm. 11 Uhr bei Mibede, Augustastraße.
 - Dba-Beck. Nachm. 5 Uhr mit Frauen, nachfolgend Familienabend bei Zimmer, Kaiserstraße.
 - Dba-Wanderwerder. Abends 8 Uhr mit Frauen bei Kastepe, Fischerstraße.
 - Dba-Obermeiderich. Nachm. 4 Uhr bei Messer, Essenbergerstraße.
 - Düsseldorf. Die am 5. Mai getätigte Wahl der Delegierten hat eine Entscheidung nur für zwei Delegierte gebracht. Die Mitglieder werden daher aufgefordert, in der zwischen den Kollegen Peter von der Wippel und Heinrich Adermann zu tätigen Entscheidung von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Die Wahllokale sind bekannt. Die Stimmzettel, die auf mehr wie einen dieser Kollegen oder auf andere Namen lauten sind ungültig.
 - Düsseldorf-Erkrath. Vorm. 11 Uhr bei Schlichting, Kreuzstraße.
 - Düsseldorf-Flingern. Vorm. 11 Uhr bei Schmalbach, Breitenstraße.
 - Düsseldorf-Gerresheim. Vorm. 11 Uhr im „roten Hahn“, Grünlingerstr. 18.
 - Essen-Altenessen. Abends 8 Uhr bei Effer.
 - Essen-Berge-Verbeck. Vorm. 10.30 Uhr bei Wölhoff, Hochstraße.
 - Essen-Frohnhausen. Vorm. 11 Uhr bei Postleker.
 - Essen-Kellinghausen. Vorm. 11 Uhr bei Schorer.
 - Essen-Mittelscheid. Vorm. 11 Uhr bei Wallner.
 - Essen-Segeroth. Abends 7 Uhr bei Langenberg.
 - Gewelsberg. Vorm. 11 Uhr bei Schitten, Mittelstr. Ref. Kollege Gerhard.
 - Großenbaum. Vorm. 11 Uhr bei Cremerius.
 - Gaggen-Bebrinhausen. Morgens punkt 11 Uhr bei Simon. Wichtige Tagesordnung.
 - Jugoshtadt. Vorm. 10 Uhr im kath. Berelshaus. Bericht über die Bezirkskonferenz.
 - Köln-Verwaltungsstelle. Nachm. 3 Uhr Generalversammlung im Koloniahau, Wachenstraße 6. Erscheinen Pflicht.
 - Mülheim-Oberhausen (Ordnungsverwaltung). Nachm. 8.30 Uhr bei Kemmerling, Gde Düppel- und Königstr. Generalversammlung Ref. Kol. Hirschefer.
 - Troisdorf. Morgens 10.30 Uhr bei Goleberg.
 - Tanten. Nachm. 3.30 Uhr bei Romberg.
- Dienstag, den 21. Mai.**
- Gellentkirchen-Süllen. Abends 8.15 Uhr bei Nachbarschule.
- Freitag, den 24. Mai.**
- Samborn. Abends 8 Uhr Versammlung der Vorstandsmitglieder. Berrauensleute und Kartelldelegierten.
- Samstag, den 25. Mai.**
- Düsseldorf-Ratingen. Abends 9 Uhr bei Kürten, Bechernerstraße.
 - Düsseldorf-Altefeld. Abends 9 Uhr bei Stürer, Hundsrückenstr. 16-18.
 - Düsseldorf-Rhein. Abends 9 Uhr bei Fink, Niederstraße.
 - Samburg. Abends 9 Uhr bei Schröder, Tastr. 97.
 - Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten.
 - Köln-Stadt. Abends 9 Uhr im Biererei, Breitestraße.
 - Köln-Grenfeld. Abends 9 Uhr bei Hornhöfer, Replerstraße.
 - Neivigs. Abends 8.30 Uhr beim Leimhaus, Wilhelmstraße 30.
 - Stuttgart-Ludwigsburg. Abends 6 Uhr bei Weinmann.
 - Weibert. Abends 8.30 Uhr bei Pfeilinger, Straßstraße 12.
- Sonntag, den 26. Mai.**
- Berlin-Oberischdneweide. Abends 7 Uhr bei Olesch.
 - Düsseldorf-Rath. Vorm. 11 Uhr bei Kreifinger, Münsterstraße, Kather Kreuzweg.
 - Düsseldorf-Oberbill. Vorm. 11 Uhr bei Mülges, Ellerstraße.
 - Köln-Rath-Genmar. Morgens 11 Uhr bei Klein.
 - Köln-Bonheim. Morgens 11 Uhr bei Rämmling, Venloerstr. 18.
 - Krauztraben. Abends 8 Uhr im „Siern“ bei Schleppl.
- Adressen!**
- Unter norddeutsches Bezirkssekretariat befindet sich ab 18. Mai in Bremen, Schönebederstraße 103 pt. Adresse: Johann Dohler.